



Stephan Götzl:

### Die Zeichen der Zeit erkannt

Im Rahmen einer Pressereise verewies der GVB-Präsident auf die Erfolge der genossenschaftlichen Banken durch regionale Verwurzelung. Seite 8



Christa Stewens:

### Sozialministerin mit Herz und Verstand

Zu ihrem 60. Geburtstag attestierte CSU-Fraktionsvorsitzender Joachim Herrmann der Staatsministerin Ausdauer und Hartnäckigkeit. Seite 4



Karl Freiler:

### Lernen im Nürnberger Stadteil

Einen innovativen Ansatz der Verbindung von Stadtalterbau und sozial-integriertem Lernen stellte der Kultusstadtssekretär vor. Seite 14

# Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Gretesried, den 8. September 2005

56. Jahrgang / Nummer 17



Große Schäden verursachten die Überschwemmungen insbesondere im bayerischen Oberland und im Allgäu. Unsere Luftaufnahmen zeigen die Abstadt von Kempten sowie das Oberallgäu. Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Innenminister Dr. Günther Beckstein und Umweltminister Dr. Werner Scharbert informierten sich vor Ort über die Katastrophe und koordinierten gemeinsam mit den örtlichen Kommunalpolitikern die ersten Hilfsmaßnahmen. Inzwischen dankte Stoiber bei einem Staatsbesuch den Helferinnen und Helfern des August-Hochwassers. „Die Einsatzkräfte sind Vorbilder lebendigen Gemeinzens in Bayern“, betonte er. Professionelles und engagiertes Vorgehen hätten Bundesreserven verbündet und seien Ausdruck gelebter Solidarität.

### Nach der Dreihundert-Jahr-Flut:

## Wirksame Hilfe für Bayerns Kommunen

Am Anfang stand ein verregnetes Wochenende - nichts Ungewöhnliches im bayerischen Sommer 2005. In der Nacht zum 23. August wurde daraus eine Flut, deren Pegelstände vielerorts noch das „Jahrhunderthochwasser“ von Pfingsten 1999 übertrafen. Die ersten Opfer: Das Allgäu und das bayerische Oberland. Etliche bayerische Landkreise riefen Katastrophenausschüsse aus, Garmisch war für Stunden von der Außenwelt abgeschnitten. Anschließend verlagerte sich das Hochwasser flusswärts Richtung Isar und Donau. Selbst abseits der großen Ströme drückte der hohe Grundwasserspiegel Hunderten von Haushalten Wasser in den Keller. Erst Tage später konnte Entwarnung gegeben werden.

Im bayerischen Umweltministerium geht man mittlerweile nicht nur von einer Jahrhundertflut, sondern stellenweise sogar von einer Dreihundert-Jahr-Flut aus.

und zur Beseitigung der Hochwasserschäden auf den Weg gebracht. Ein weiterer Schwerpunkt ist der forcierte Ausbau des Hochwasserschutzes.

Das bayerische Hilfsprogramm, das von Bund und Land zu gleichen Teilen finanziert werden soll, sieht folgende Hilfen vor:

1. Sofortprogramm zur Unterstützung von Geschädigten mit nicht versicherbaren Schäden bis zu 2.500 Euro je Haushalt,
2. Zuschüsse für Hochwasserschäden bei kleineren und mittleren gewerblichen Unternehmen und freiberuflichen Tätigen (50 Prozent Zuschuss, bis zu 100.000 Euro),
4. Einrichtung eines Hilfsfonds,
5. Steuerliche Hilfsmaßnahmen,
6. Schäden an öffentlicher Infrastruktur (z.B. Deutsche Bahn) sollen beseitigt werden,

dafür soll die Bundesregierung rasch zusätzlich Mittel zur Verfügung stellen. Der Freistaat Bayern wird sich an der Beseitigung von Schäden kommunaler Einrichtungen (z.B. Kindergärten, Schulen, Kommunalstraßen) beteiligen. (Fortsetzung auf Seite 2)

### CSU-Parteitag in Nürnberg:

## Finanzen auf dem Prüfstand

Beim CSU-Parteitag in Nürnberg verabschiedeten die rund 1000 Delegierten einstimmig den Wahlauftrag der Christlich-Sozialen Union, der unter dem Motto „Deutschland bewegen, Bayern stärken“ steht. Darin gibt die CSU als Ziel aus, Deutschland nach einem Wahltag „auf einen Spitzenplatz in Europa“ zu führen. Die Union werde für einen Neuanfang sorgen.

Deutschland braucht nach Auffassung der CSU eine gemeinsame Kraftanstrengung mit einem grundlegenden Richtungswechsel hin zu einer anderen Politik.“ Oberstes Ziel müsse es sein, Arbeit zu schaffen und Wachstum zu fördern. Hierzu sollen die Lohnzusatzkosten kräftig gesenkt werden. Bereits ab 2006 ist vorgesehen, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um fast ein Drittel zu verringern. Im Gegenzug soll die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent angehoben werden. Der einmalige Mehrwertsteuersatz z. B. für Lebensmittel bleibt bei 7 Prozent. Dies sichere die soziale Balance und sei besonders für junge Familien und Senioren wichtig. (Fortsetzung auf Seite 4)



Viele glauben immer noch, dass sich Deutschland den Sozialstaat der 70er Jahre leisten kann. Weit gefehlt - wer in Zukunft soziale Sicherheit genießen will, muss sich heute gewaltig einschränken, meint die Vizepräsidentin. Bleibt die Frage: Wer bringt das im Wahlkampf auf den Punkt? Seite 15

### 7-Punkte-Hilfspaket

Damit den vom August-Hochwasser betroffenen Menschen und Regionen rasch und wirksam geholfen werden kann, hat der Ministerrat ein bayerisches 7-Punkte-Hilfspaket zur Unterstützung der Hochwasseropfer

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

### Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



### Partner der Kommune

Service der Gemeindezeitung für Bayerns Kommunen

Als besonderen Service für Entscheidungsträger und EDV-Spezialisten aus Kommunen und Behörden veranstaltet die Bayerische Gemeindezeitung in diesem Jahr ihre „Zukunftswerkstatt öffentliche Verwaltung“ erstmals im Rahmen der Kommune 2005 am 19. und 20. Oktober auf dem Nürnberger Messegelände.

Die Kommunale, größte Fachmesse mit Tagung für Kommunalbedarf in Süddeutschland, wird damit ergänzt um einen umfassenden Bereich der behördlichen IT-Ausstattung. Wie immer bietet die „Virtuelle Behörde“ einen Überblick über das aktuelle Angebot an Hard- und Software für unsere Zielgruppe. In der Ausstellung präsentieren unsere Partner aus der Wirtschaft spezielle Behördenlösungen, Fachvorträge und Beispiele aus der Praxis sowie Gespräche mit Experten rund ums Angebot ab. Ein Messerouter der GZ informiert über ausgewählte Behörden-Partner auf der Kommune.

Erste Informationen stehen auf der GZ-Website [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de) zur Verfügung. Interessenten können sich bereits jetzt unter [info@gemeindezeitung.de](mailto:info@gemeindezeitung.de) anmelden. □

### Bayerischer Gemeindegeld: Gemeinden nicht im Regen stehen lassen!

„Die aktuellen Hochwasserschäden zeigen: Wir brauchen viel mehr Geld für den hochwasserrechtlichen Ausbau der Gewässer drüher Ordnung, also der Flüsse und kleinen Flüsse in Bayern. Es hat sich gezeigt, dass die staatlichen Finanzmittel in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen wurden und viele Gemeinden bei der Umsetzung ihrer Schutzkonzepte behindert im Regen stehen gelassen wurden.“ Die hochwasserrechtliche Ordnung wird fortan die Bayerische Staatsregierung dringend auf, hier das Ruder herum zu reißen, betonte Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetages.

Brandl erklärte, dass nachwichtige Hochwassererzögerung „Chefsache“ ist und wies den pauschalen Vorwurf des „Egoismus“ einzelner Kommunen zurück. Die hochwasserrechtlichen Gemeinden in Bayern sind sich ihrer Gefährdungslage durchaus bewusst. Sie arbeiten mit Hochdruck an verbessertem Hochwasserschutz. Aber solange gemeinsame Planungen der Gemeinden vom Staat nicht honoriert werden und damit das Problem eines finanziellen Lastenausgleichs zwischen Ober- und Unterliegengemeinden von Fließgewässern ungelöst bleibt, kann den Gemeinden der Vorwurf egoistischer Planungen nicht gemacht werden. Freistaat und Kommunen müssen schnellstens an einen Tisch und bestechende Stolpersteine aus dem Weg räumen, sagte Brandl. Die Bürgerinnen und Bürger erwarteten Taten und nicht nur Worte. Sie hätten ein Recht auf mehr Schutz und Vorsorge. DK

### Einstellungshürden überwinden

Einstellungshürden sollen durch einen flexiblen Kündigungsschutz für Neuestellungen beseitigt werden. Es gilt, den Mittelstand von Bürokratie und Statistik zu entlasten und vor Lohn- und Sozialdumping zu schützen.

### Sie lesen in dieser Ausgabe

Büchergeld beschlossen	2
Neuordnung der Jobcenter sofort umsetzen	3
Bilanzpressekonferenz der NürnbergMesse	3
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Kommunen hoffen auf neuen Bundestag	3
Landtag ändert Bestattungsgesetz	3
Behörden kehren der Deutschen Post den Rücken	4
GZ-Fachthemen: Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben	5-8
Kommunalfahrzeuge - Garten- und Landschaftsbau	9-11
Abfallwirtschaft und Recycling	12-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

# Wirksame Hilfe für ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
 7. Das bayerische Aktionsprogramm Hochwasserschutz mit 2,3 Milliarden Euro bis 2020 soll beschleunigt fortgeführt werden. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich an der Fortführung des Programms zu beteiligen und die Bundesmittel dafür aufzustocken.

## Schnelle, unbürokratische Unterstützung

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber betonte, mit dem Hilfspaket sei eine schnelle und unbürokratische Unterstützung für die Hochwasseropfer und Überschwemmungsgebiete gesichert. Ersten Schutzmaßnahmen zufolge liege die Schäden des August-Hochwassers nach Angaben von Umweltminister Dr. Werner Schnappauf in dreistelliger Millionenhöhe, jedoch deutlich unter dem Gesamtschaden von 345 Millionen Euro beim Pfingsthochwasser 1999. Das Kabinett geht davon aus, dass die Sofort-Hilfen für Private ab Mitte September und die weiteren Hilfen ab Anfang Oktober ausbezahlt werden können.

## Den Flüssen Raum geben

Schnappauf kündigte an, dass Bayern beim geplanten Ausbau des Hochwasserschutzes verstärkt auf sein erfolgreiches Drei-Staunen-Konzept setzen wird. Dazu gehören ein natürlicher Hochwasserrückhalt durch Nutzung von Überschwemmungsflächen und die Versickerungsfähigkeit des Bodens, der technische Hochwasserschutz durch Deiche, Dämme und Hochwassersepiere sowie die verbesserte Hochwasser vorbehalte.

## Wir gratulieren

**ZUM 65. GEBURTSTAG**  
 Bürgermeister Manfred May  
 86094 Reiching  
 am 13.9.

Bürgermeister Werner Grapp  
 85356 Manthaus  
 am 26.9.

**ZUM 60. GEBURTSTAG**  
 Bürgermeister Manfred Daniel  
 85307 Pannhausen  
 am 17.9.

Bürgermeister Manfred Kri  
 94330 Aiterhofen  
 am 18.9.

Bürgermeister  
 Reinhold Hoecika  
 94496 Otterberg  
 am 23.9.

**ZUM 55. GEBURTSTAG**  
 Bürgermeister Georg Holzinger  
 89356 Haldenwang  
 am 13.9.

Bürgermeister Helmut Prais  
 91486 Ulfeld  
 am 14.9.

Bürgermeister Erich Dollinger  
 93119 Lappersdorf  
 am 23.9.

**ZUM 50. GEBURTSTAG**  
 Bürgermeister Helmut Neunig  
 91355 Höchstädt  
 am 14.9.

Bürgermeister  
 Günter Degenleit  
 91322 Grafberg  
 am 19.9.

Bürgermeister Karl Wellenhofer  
 84066 Heimbuchenthal  
 am 20.9.

**ZUM 45. GEBURTSTAG**  
 Bürgermeister  
 Hermann Baumann  
 94116 Humm  
 am 17.9.

**ZUM 40. GEBURTSTAG**  
 Bürgermeister Rüdiger Stenger  
 63872 Heimbuchenthal  
 am 23.9.

Schnappauf: „Wir müssen den Flüssen wieder mehr Raum geben. In den letzten Jahren haben wir bewässert eine Fläche von über 320 Kilometern renaturiert, 14 Millionen Kubikmeter zusätzlichen natürlichen Retentionstank geschaffen und 900 Hektar Auwald gepflanzt. Da machen wir weiter. Ein effektiver Hochwasserschutz kann nur mit der Natur und nicht gegen sie gelingen.“ Im Bereich des technischen Hochwasserschutzes hat das Kabinett das Umweltministerium beauftragt, die Planungen für eine weitere Vergrößerung des Sylvensteinstauseers wieder aufzunehmen und umgehend eine Machbarkeitsstudie in Auftrag zu geben.

## Appell an die Kommunen

Der Minister appellierte an Kommunen, Verbände und Grundigentümer, im Interesse eines möglichst raschen und wirksamen Zusammenarbeitens, „Naturkatastrophen warten nicht auf langwierige Grundbesitzverhandlungen, Genehmigungsverfahren und Baumaßnahmen. Deshalb erwarte ich auf allen Seiten Kooperationsbereitschaft und schnelle Entscheidungen.“  
 Innenminister Dr. Günther Beckstein stellte dem Katastrophenschutz in Bayern für den Einsatz der Hochwasserkräfte ein hervorragendes Zeugnis aus. Die dezentrale Struktur des Katastrophenschutzes habe sich erneut ausgezeichnet bewährt, so Beckstein: „Die klare Führungsstruktur von der Leitungsebene an den Regierungen bis hin zu den Einsatzkräften vor Ort hat die Effizienz erneut voll unter Beweis gestellt.“

## Lob und Dank für die Einsatzkräfte

Insgesamt waren in Bayern an den Sicherungs- und Hilfsmaßnahmen annähernd 30.000 Einsatzkräfte beteiligt. Den weit überwiegenden Teil der Einsatzkräfte stellen dabei die Feuerwehren mit über 20.000 Personen. Daneben waren 3.000 Helfer der BRK und anderer Hilfsorganisationen sowie 500 Polizisten im Einsatz. In die Hilfeleistung vor Ort wurden auch rund 2.000 Einsatzkräfte des THW und mehr als 3.000 Soldaten der Bundeswehr eingebunden. Über 1,5 Millionen Sandstecke zur Hochwasserabwehr

wurden verbaut. Ein massiver Einsatz von Pumpen, schweren Gerät und Hochschraubern unterstützte die Hilfsmaßnahmen.

## „Signal für unser Land“

Ministerpräsident Stoiber sprach den vielen tausend Einsatzkräften seine hohe Anerkennung aus: „Diese große Gemeinschaftsleistung ist ein ermutigendes Signal für unser Land.“ Als besonderes Zeichen des Dankes lud er rund 10.000 Helfer von Polizei, Feuerwehr, Rotem Kreuz, Maltesern und Johannitern, Wasserwacht, DRG, Bundeswehr, Bundespolizei und Technischem Hilfswerk zu einem Staatsessen in die Münchner Residenz ein. Auch Repräsentanten der betroffenen Gemeinden, Städte und Landkreise, Regierungspräsidenten, Niederwayer und der Oberpfalz nahen teil.

## Absolute Sicherheit gibt es nicht

Vor der Illusion einer absoluten Sicherheit vor Naturkatastrophen hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, gewarnt: „Wir müssen vor Ort Dämme erhöhen und Hochwassererückhaltebecken ausweiten und weltweit die Klimaschutzmaßnahmen beschleunigen. Nur so können wir die Naturgewalten nie völlig kontrollieren.“ Politiker dürfen ihre keine falsche Illusion verkündigen, so Herrmann: „Selbstverständlich müsste die Politik alles dafür tun, um sinnvolle und notwendige Vorkehrungen gegen solche Naturrisiken rechtzeitig zu treffen. Deshalb habe die Freistadt nach dem Pfingsthochwasser 1999 das Naturrisikoprüfungsinstrument (NRI) im Programm 2020 mit einem Volumen von 2,3 Milliarden Euro beschlossen. Bayern setzt sich für die Erreichung dieses Ziel ein.“

## Neues Alarmierungssystem

„Das neue Alarmierungssystem für Kommunen hat seine erste „Feuertaufe“ bestanden“, erklärte der Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Finanzen und Innere Sicherheit, Dr. Jakob Kreidl. Das neue System wurde

aufgrund einer Initiative der CSU-Fraktion nach dem Hochwasser im Innenministerium entwickelt.

## Kommunen als Sicherheitsbehörden

Die Kommunen seien seit Mitte dieses Jahres in das Umweltministerium als Sicherheitsbehörden eingebunden. Danach informieren sie die Gemeinden die Katastrophenschutzbehörden über Veranstaltungen und Ortslichkeiten, die besonders von Unwettern bedroht sind. Gleichzeitig benennen sie Ansprechpartner, an die die Katastrophenschutzbehörden Meldungen über Unwetterwichtigere weitergeben können. Die Kommunen seien in ihrer Funktion als Sicherheitsbehörden aufgerufen, die Informationen, die sie von den Katastrophenschutzbehörden erhalten, zeitnah zu analysieren und weiterzugeben. „Wir werden die während der Flutkatastrophen mit dem neuen System gemachten Erfahrungen analysieren und, wenn nötig, nachsteuern“, kündigte Kreidl an.

## Brüssel soll sich beteiligen

Der CSU-Europaparteiobereordnete und EVP-ED-Haushaltsexperte Markus Ferber forderte die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten auf, die langfristige Finanzierung des Hochwasserschutzes in Europa als Teil des Programms für die ländliche Entwicklung sicherzustellen.

# Büchergeld beschlossen

## Ab Herbst müssen Eltern mitzahlen Staat und Kommunen können Kosten sparen

Ab dem kommenden Schuljahr müssen die Eltern an bayerischen Schulen Büchergeld für ihre Kinder bezahlen. Es beträgt je nach Schulart 20 bis zu 40 Euro pro Schuljahr. Bei sozialer Bedürftigkeit ist jedoch zu zahlen. Staat und Kommunen leisten ab diesem Schuljahr ein Abschließen der Schulbuchterhaltung. Entsprechend hat der Landtag das Schulfinanzierungs- und das Erziehungsgesetz mit dem Stimmen der CSU geändert.

Für die Kommunen errechnet die Staatsregierung sogar eine effektive Kostenersparnis. Für die Opposition ist das Büchergeld der Einstieg in den Ausstieg aus der Lernmittelfreiheit.

In der abschließenden Zweiten Lesung versicherte Kultusstaatssekretär Karl Freller, es werde alles so geregelt, „was wir sagen können, es hat Sinn“. Drei Drittel der Bundesländer hätten die Lernmittelfreiheit bereits eingeschränkt. Außerdem

# Heftige Kritik in Eschenlohe

Auf die Flut folgt im schwer betroffenen Eschenlohe an eine Welle der Empörung. Schuld daran ist Bürgermeister Peter Stahr, der - vor schon beim Pfingsthochwasser - auch die Besuche seines Urlauben auf Auftragsaufträgen verzeigte. Laut einem Bericht in der Süddeutschen Zeitung begründete Stahr seine Ferien mit psychischen Belastungen und einem Asthma-Léiden. Dass er die Seelenschmerzen gut verarbeitet, bewies ein Fotoalbum, das ihn in Rimini beim Boccia-Spiel und im Liegestuhl zeigt.

„Das Anwesen des zweiten Bürgermeister, Helmut Kolb, sieht aus wie nach einem Bombeneinschlag. Der Schaden wird sich in sechsstelliger Höhe bewegen. Ich will nicht, wie ich das schäme“, erklärte er gegenüber der Presse. Deshalb kann er der Bürgermeister derzeit nicht vertreten. Dafür eingesprungen ist jetzt Gemeinderätin Brigitte Mangold-Rohler. Neben dem Tagesgeschäft gibt es derzeit außerdem viel Arbeit im Rathaus. Schäden müssen aufgenommen, Hilfeleistungen koordiniert und Spenden vermittelt werden. Immer noch gibt es gesperrte Straßen und vor den Anwesern stapelt sich vertorrten Müll. Die Folgen der Flut sind noch lange nicht vorbei.

Nirgendwo im Oberland hat die Flut größere Schäden verursacht, als in Eschenlohe. Die wiederholten verheerenden Überschwemmungen kommen nicht von ungefähr. Seit 1967 streitet man darüber, ob Eschenlohe ein wirksames Hochwasserwerk von jüngsten Ausgabekritik der Bayerischer Bürgermeister Stahr, der in vier Jahrzehnten keinen Entschluss zugeworfen hat, wie die Flut abzuwehren sei. Derzeit verhandelt man über die Bauverantwortung. Nach dem Pfingsthochwasser erklärte Umweltminister Dr. Werner Schnappauf: „Das Wasserwirtschaftsamt hat für den Hochwasserschutz in Eschenlohe in den letzten 20 Jahren mehrere Entwürfe gefertigt. Die Planungen fanden letztlich nie die Zustimmung der Gemeinde.“ Seither wurden die Bestrebungen des Wasserwirtschaftsamtes Weilmheim weiter intensiviert. Deshalb ist dessen Chef, Peter Frei, sehr ungehalten. „Ein rechtzeitiger Schutz hätte viele Schäden auch in Eschenlohe verhindert.“

Durch die noch ungeklärten EU-Finanzierungsbedingungen sei die Gelder nicht langfristig gesichert, sagte Ferber. DK

## Hochwasser: Agrarpflichten nicht gefährdet

München - Keinen Verlust ihrer Agrarpflichten müssen Landwirte befürchten, deren Flächen überflutet oder Ernten von Hochwasser überschwemmt bzw. vernichtet wurden. Darauf hat das Landwirtschaftsministerium in München hingewiesen. Voraussetzung ist aber, dass die Betroffenen die Flächen möglichst umgehend ihren zuständigen Amt für Landwirtschaft und Forsten melden - in der Regel innerhalb von vier Wochen. Bei Anerkennung von „höherer Gewalt“ kann die Meldung im Zuge der EU-Agrarförderung eingeführte Betriebsprämie auch für Flächen gewährt werden, die z. B. wegen Geröllablagern nicht die vorgeschriebenen zehn Monate zur Verfügung stehen.

Erleichterungen gibt es zudem beim Bayerischen Kulturlandschaftsprogramm (KULAP) und Vertragsnaturschutz. So sind Aufwendungen für die Bewirtschaftung von Flächen, die für die Landwirtschaft vorzeitig mähbar oder mulchen. Zulässig ist auch die Bewirtschaftung von schaffliche Verwertung, KULAP geförderter Grünland kann bei extremen Schäden in der Bewirtschaftung Flächen vorzeitig neu eingesät werden. In Einzelfällen ist sogar mineralische Düngung möglich - allerdings nur bis Ende 2005 die Prämie. Bei allen Maßnahmen ist das Amt rechtzeitig vorher zu informieren.

Ziel aller Ausnahmegerechtigungen ist es, die Ertragsfähigkeit der vom Hochwasser betroffenen Flächen schnellstmöglich wieder herzustellen und eine Futterknappheit in den Betrieben zu vermeiden. Die Landwirtschaftsministerin Josef Miller hat sich deshalb bereits am Montag mit dem Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben, stehenden Aufwuchs auf obligatorisch stillgelegten Flächen auszunutzen und als Futter nutzen zu dürfen. □





Christa Stevens zum 60.

### Sozialministerin mit Herz und Verstand

„Du bist eine Sozialministerin mit Herz und Verstand, die durch ihre ganz persönliche Lebensgeschichte einen besonderen Zugang zu den sozialen Themen gefunden hat.“ Mit diesen Worten gratulierte der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, der bayerischen Sozialministerin Christa Stevens zu ihrem 60. Geburtstag am 27. August. Herrmann attestierte Stevens, in den ver-richtungsweisenden Initiativen auf den Weg gebracht zu haben. Dabei habe sie nicht nur eine Vielzahl guter Ideen gehabt, sondern diese auch mit „bewundernswürdiger Ausdauer und Hartnäckigkeit“ durchgesetzt.

Stevens habe quasi als lebendes Beispiel bewiesen, dass es möglich ist, einem Spitzenberuf und auch den Ansprüchen einer sehr großen Familie gerecht zu werden. Damit habe sie wesentlich dazu beigetragen, dass sich in der CSU ein flexibles Rollenbild der Frau durchgesetzt habe.

Am Prozess des Umdeutens mitgewirkt habe Stevens aber auch bei der Suche nach einer neuen Balance zwischen Eigenverantwortung und kollektiver Absicherung. „Es ist nämlich keine ehrliche Nächstenliebe, wenn wir den Sozialstaat auf Pump und damit auf Kosten unserer Kinder ausbauen“, so Herrmann.

## Rekordergebnis für ...

(Fortsetzung von Seite 3)  
lern gewachsen sind. Allein in den vergangenen fünf Jahren betrug das Wachstum knapp 25 Prozent. Inzwischen kommen 36 Prozent aller Aussteller am Messeplatz Nürnberg aus dem Ausland. Bei den internationalen Fachmessen der NürnbergMesse sind es sogar 43 Prozent. Weitere Wachstumspotential sieht Diederich vor allem aus Mittel- und Osteuropa sowie aus dem asiatischen Raum.

### Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft

Aber auch was die Messebe-teiligung deutscher Unternehmen anbelangt, sieht Diederich Chancen: „Hier ist das Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft.“ Unterstützt wird er dabei von der aktuellen TNS Emnid-Befragung: Hier ist das Potenzial von über 35.000 Unternehmen identifiziert hat, die bisher nicht auf Messen ausstellten. „Hier sind also Messegesellschaften über die jeweilige Projekt-Akquisition

hinaus gefordert, gemeinsame Konzepte zu entwickeln, um dieses Potential auszuschöpfen“, warb Diederich für eine übergreifende Initiative.

### Besonders starkes Halbjahr

Das Messejahr 2005 ist durch das turmumgekehrte Aussetzen der beiden Herbst-Fachmessen FachPack und BRAU Bevalie ein ungewöhnlich schwaches Messejahr, zumal diese Konstellation nur alle zwölf Jahre vor- kommt. Erwartungsgemäß war davon im ersten Halbjahr 2005 nichts zu spüren. Stattdessen blüht die NürnbergMesse auf einen der stärksten Halbjahre in der Unternehmensgeschichte, liegen doch die Umsätze mit rund 67 Millionen Euro leicht über Plan.

Insgesamt erwarnten die NürnbergMesse für das turmumgekehrte schwächere Geschäftsjahr 2005 rund 90 Millionen Euro Umsatz. Zu diesem Umsatz werden neben den etablierten Messen und Kongressen auch 17 Premieren, darunter ein halbes Dutzend Fachmessen, im zweiten Halbjahr ihren Beitrag leisten. DK

## Behörden kehren der Deutschen Post AG bereits den Rücken

Zeitungsträger sind zugleich Briefträger - In der Versorgung des flachen Landes ist die gelbe Post nur bis Ende 2007 in der Pflicht

Wenn Jürgen Baldewin bei Städten, Landratsämtern und Gemeinden anknüpft, findet er offene Türen und neue Kunden. Ähnlich ergoht es ihm bei Firmen. Mit Feuerzifer baut der junge Chef der Logistic-Mail-Factory (LMF), Augsburg, einen privaten Postservice auf. Für die Kommunen sei sein Service eine „interessante Geschichte“. Bei ihren knappen Kassen und einem umfangreichen eigenen täglichen Postlauf rechne sich es, auf die neuen Angebote einzugehen. Während bei der Deutschen Post das Briefporto 55 Cts betrage, verlange die LMF von Behörden 49 Cts, von Firmen, für die die Umsatzsteuer ein durchlaufender Posten ist, 45 Cts plus Mehrwertsteuer.

Wo monatlich mehrere tausend Briefe das Haus verlassen, kommt eine ansehnliche Ersparnis heraus. Wichtiger noch sind die neuen Herausforderungen für Unternehmen wie die LMF ab dem 1. Januar 2008. Von diesem Tag an ist die Deutsche Post AG von der politischen Verpflichtung entbunden, flächendeckend Briefmarken zu verkaufen, Postkarten, Briefe, Pakete, Waren- und Büchersendungen anzunehmen und zuzustellen.

Das vorjährige Staatsunternehmen hat längst schon den Rückzug eingeleitet. Seit 1995 hat es für die Filialnetze bundesweit um 3.952 auf 13.019 Außenstellen ausgelichtet. Das dürfte nicht das letzte Wort sein.

### Verbund mit einem Zeitungsvorgang

Im Feuer steht nun die Frage, wie häufig die Bevölkerung des flachen Landes postalisch versorgt wird, besonders aktuell für Bayern mit seiner dörflichen Struktur. Immerhin, Unternehmen wie die Augsburg LMF lassen auf eine ausreichende Versorgung hoffen. Der „Erfolgtsfaktor“ seiner LMF, so Baldewin, sei der Verbund mit einem Zeitungsvorgang, in seinem Fall mit der Augsburgischen Allgemeinen und ihren Heimatausgaben. Ein ähnliches unternehmerisches Wahnsinn sei Verlage in Regensburg, Bamberg und Würzburg eingegangen. Die Zeitungszusteller sind landauf, landab offenbar bereit, gegen ein zusätzliches Briefräucher in die Rolle des Strahlers zu spielen. Die von der Augsburg zentralen mit dem Kraftwagen bei den Kunden bis 19 Uhr eingesammelte Post wird am näch-

sten Morgen mit der Zeitung in den Hausbriefkasten des Adressaten gesteckt. Die nebenamtlichen Briefträger haben etwas zeitliches Spielraum, muss jedoch bis zur Mittagsstunde die Zustellung abgeschlossen haben.

### Landratsämter als Kunden

Baldewin zählt zu seinem al-

## Finanzen auf dem ...

(Fortsetzung von Seite 1)  
wies für sie am besten ist. Vorgehen ist, abgeben zu organisieren und Bürger ausbauen.

### Einfaches Steuersystem

Die Aufnahme von Arbeit soll gefördert und gefordert werden. Wer arbeitet, müsse mehr in der Tasche haben als Arbeitslosengeld II. Die CSU will die Umsetzung von Hartz IV optimieren. Hartz IV bereite Bund, Ländern und Kommunen erhebliche Probleme und verursache enorme Mehrkosten. Geplant ist, vor allem die Organisationsstruktur zu überprüfen und allen Kommunen die Option einzuräumen, diese Aufgabe wahrzunehmen. Damit regionale Gegebenheiten besser berücksichtigt werden können, sollen Experimentierklauseln geschaffen werden.

Ziel ist überdies ein einfaches, wettbewerbsfähiges und gerechtes Steuersystem. Die Einkommensteuersätze sollen ab 2007 gesenkt werden. Eingangsteuerersatz 12 Prozent, Spitzensteuerersatz 39 Prozent. Im Gegenzug werden Ausnahmen eingeschränkt. Es soll Schluss sein mit Steuerschlupflochern und Steu-

quiriten Kundenstamm Landrats- und Finanzämtern in Schwaben und Oberbayern. Sein Fazit: Ein lohnendes Geschäft für jede Behörde. In Bayern dienen sie bereits zehn Unternehmen an, die Mehrzahl wie gesagt am Zeitungsvorgang gebunden.

Zufrieden ist der Augsburg LMF Mann, im dritten Jahr nach dem Start bereits schwarze Zahlen zu schreiben, obwohl die maschinelle Ausstattung eine sechsstellige Investition erfordert hätte: 180 Mitarbeiter, in der Regel Teilzeitarbeitnehmer, sind heute mit dem Sortieren und Zustellen der täglich bis zu 50.000 Briefe bzw. Sendungen bis zu 1.000 Gramm eingesetzt. Bis auf 200.000 möglich Baldewin gerne kommen. In Augsburg mit

## Finanzen auf dem ...

ersparismodellen für Spitzenverdiener. Geplant ist auch eine Senkung des Körperschaftsteuersatzes. Damit werden laut Programm die einheimischen Unternehmen international wettbewerbsfähig. Die Gewerbesteuer wiederum bleibe bestehen, „bis wir im Einvernehmen mit den Kommunen und der Wirtschaft eine sinnvolle Alternative entwickelt haben“. Für Familienbetriebe werde die CSU den Generationenübergang erleichtern und damit Arbeitsplätze sichern.

### Generationengerechtigkeit

Solide Finanzen für mehr Generationengerechtigkeit lautet eine weitere Maxime. Die CSU will dafür Sorge tragen, dass Deutschland den Europäischen Stabilitätspakt innerhalb der neuen Legislaturperiode wieder einhält. Ziel ist eine „Neuverschuldung Null ab 2013“. Bayern werde bereits 2006 demonstrieren, wie dies funktioniert: „Wir sparen und bauen Subventionen und Finanzhilfen ab. Wir nehmen niemandem beim Sparen aus. Wir kürzen auch die Pensionsansprüche und Übergangsgelder der Bundesminister. Bayern hat schon 2004 das Pensionsalter für

die Staatsminister angehoben“.

„Vorrang für Familien und Kinder!“ ist ein weiterer Markstein in der CSU-Programme. Bei der Steuer sollen die Grundfreibeträge auf 8.000 Euro je Kind und Erwachsener erhöht werden. Damit stellt die Partei unter Berücksichtigung aller pauschalen Abzüge eine vierköpfige Familie bis zu einem Einkommen von 38.200 Euro im Jahr ein kommusterweise - 5.000 Euro mehr als heute. Familien sollen bei der Rente ab 2007 entlastet werden. Sie bekommen eine monatliche Beitragsermäßigung für jedes neugeborene Kind von 50 Euro bis zum 12. Lebensjahr (Kinderbonus). In der Krankenversicherung sind Kinderbeiträge mitversichert. Die CSU will darüber hinaus die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Dazu soll in den unionsregistrierten Ländern die Kinderbetreuung weiter ausgebaut werden. Schon heute belegen Staaten, das Bayern Familien und Kindern beste Lebensqualität bietet.

### Leere Sozialkassen

Die Sozialkassen sind leer, hohe Beitragssätze vernichten Arbeitsplätze. Immer weniger Beitragszahler müssen weniger Leistungen finanzieren. Ziel der Christlich-Sozialen Union ist es, Kranken-, Renten und Pflegeversicherung zukunftsfit zu machen und die private Vorsorge zu stärken. Gerade ältere Menschen müssen sich auf ihre soziale Sicherung verlassen können. Gefordert wird die Sicherung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle, unabhängig von Alter und Einkommen. Vorgehen ist, auf die solidarische Gesundheitsprämie umzustellen, d.h. für Versicherte mit niedrigem Einkommen greift automatisch ein Sozialausgleich. Niemand bezahlt bei der Einführung mehr als bisher. Die Pflegeversicherung soll mit der Einführung einer Kapitaldeckung gestärkt werden. Auch gilt: Häusliche Pflege vor stationärer Pflege. Ältere Menschen sollen in ihrer vertrauten Umgebung leben können.

Grundsätzlich gelte es, den Föderalismus grundlegend zu reformieren und für eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern zu sorgen. Die CSU setzt sich ein „starke Länder in einem starken Deutschland“. DK

## Starker Partner der Kommunen

Versicherungskammer Bayern bietet Versicherungen aus einer Hand sowie umfangreiche Serviceleistungen

Kommunen brauchen einen individuellen Versicherungsschutz. Diese Festlegung muss langfristig sein. Schließlich möchte jeder auch Privatkunden, Firmen und andere Institutionen einen Versicherungsschutz, der auf die eigenen Bedürfnisse exakt zugeschnitten ist. Bei genauerem Hinsehen besteht nun aber doch ein Unterschied: Kommunalarbeit ist in hohem Maße Spezialversicherung. Dem den Kommunen obliegen kraft Gesetzes besondere Aufgaben - solche, die von den Versicherungsbedürfnissen anderer Versicherungskammer abweichen. Es sind Aufgaben, die ganz spezielle und vielfältige Risiken nach sich ziehen.

Hierfür einen umfassenden Versicherungsschutz zur Verfügung zu stellen, hat sich die Versicherungskammer Bayern auf die Fahne geschrieben. Und dies bereits seit 85 Jahren!

### Maßgeschneiderte Kommunalarbeitversicherungen

Die Versicherungskammer Bayern bietet alle Kommunalarbeitversicherungen aus einer Hand. Besonders Augenmerk liegt darauf, auf neue Bedürfnisse schnell und zuverlässig mit maßgeschneiderten Lösungen zu reagieren. Hierfür stehen Experten in engem Austausch mit den kommunalen Spitzen- und Fachverbänden. Ein solcher Austausch findet natürlich auch direkt mit den Kunden statt. Seit mehr als 40 Jahren berät und unterstützt sie

ihren eigenen Betriebsdienst vor Ort. Durch seine jahrzehntelange Praxis und ständige Fort- und Weiterbildung ist er mit dem kommunalen Aufgabenbereich und den hieraus entstehenden Risiken bestens vertraut.

### Aktive Unterstützung der Feuerwehren

Die Versicherungskammer Bayern will ihren Kunden aber noch mehr bieten als einen umfassenden und maßgeschneiderten Versicherungsschutz. Es sind Serviceleistungen, die eine echte Partnerschaft erst begründen. So sind Kommunen nach dem Feuerwehrgesetz verpflichtet, gemeindliche Feuerwehren aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten.

An diesem Punkt setzt die Ver-

sicherungskammer Bayern an. Sie entwickelt maßgeschneiderte Sponsoringmaßnahmen die bayerischen Feuerwehren bei vorübergehenden Brandschutz, bei der Brandschutzzerziehung sowie der Aufräumarbeiten.

### Sponsoring für vorübergehenden Brandschutz

In mehr als jährlich 100 Live-Aktionen werden die Bürger mit einem sogenannten Brandschutz-Infomobilmobil darüber informiert, wie man kleine Brände richtig löst. Ergänzend hierzu unterstützt die Versicherungskammer Bayern die Brandschutzzerziehung in Kindergärten und Schulen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Ausbildung und technischen Ausstattungen von Feuerwehrleuten. Alle 71 bayerischen Landkreise und 25 kreisfreie Städte werden mit hochwertigen Wärmebildkameras ausgestattet. Sie ermöglichen das Auslösen versteckter Brandherde, brennender Objekte oder Objekte speziell in dichtem Rauch, bei Nacht oder Nebel. Als neuestes Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehr-

verband Bayern e.V. ein so genannter Flash-Over-Trainingscontainer entwickelt. In Trainingseinheiten mit realistischen Bränden lernt der teilnehmende Feuerwehrmann richtiges Verhalten und den gezielten Einsatz des Löschmittels Wasser. Mit diesen praktischen Erfahrungen können im Ernstfall Sachschaden erheblich minimiert werden.

### Mit WIND Risiken erkennen und begrenzen

Die Pilotphase bei ausgewählten bayerischen und pfälzischen Kommunen und Feuerwehren ist



Ein technischer Defekt war Brandursache an diesem Kindergartengebäude. Der Schaden belief sich auf 3,25 Mio. Euro. ☐

zeitlich exakt Unwetter-Prognosen per SMS, E-Mail oder Fax. So können rechtzeitig Vorkehrungen getroffen werden, um Unwetterschaden zu vermeiden bzw. zu minimieren. Damit steigert WIND die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes. Präzise Wettermeldungen verbessern die Planung und Organisation wetterabhängiger Dienste, beispielsweise die Räum- und Winterdienste der Kommunen genauso wie die Leistungen der Feuerwehren.

### Rechtliche Vorbereitungen

Dies bestätigt Jochen Gawnenda, Leiter der Feuerwehrzentrale des Landkreises Neustadt. Die Unwetterwarnungen ermöglichen uns, bereits vor dem Ereignis Vorbereitungen zu treffen. So werden in der Notfallanalyse zusätzliche Plätze bereit, um alle Hilfsressourcen zeitnah entgegenzunehmen. Durch die Information über Fax und Mobiltelefon werden örtliche

Führungskräfte und überregionale Entscheidungsträger benachrichtigt, die ihrerseits Einsatzkräfte bündeln und gezielt einsetzen können. Zusammenfassend wirken sich diese Informationen positiv auf den gesamten Einsatzablauf aller Hilfsorganisationen aus. Ein durchwegs positives Fazit zieht auch das Landratsamt Cham, das das Unwetterfrühwarnsystem WIND bereits seit einem Jahr aktiv nutzt. Theo Zellner, Landrat und Präsident des Bayerischen Landkreistages, lobt das breite Spektrum der Verteilung der Unwetterwarnungen (Warnungen zu vorangestellter Zeiten auf E-Mail, Fax, SMS), das eine zeitliche Information über die jeweilige Unwetterwarnung ermöglicht. Die Nachrichten seien bisher stets zeitnah übertragen worden. Zellner: „Es bleibt zu hoffen, dass nach unseren positiven Erfahrungen viele Gemeinden das Unwetterfrühwarnsystem WIND der Versicherung (Fortsetzung nächste Seite)

### BayernLB:

## Bundesweite Expansion

Bisher bestes Halbjahresergebnis erwirtschaftet

München. Die bayerische Landesbank ist mit der Geschäftsentwicklung in den ersten sechs Monaten 2005 „sehr zufrieden“.

Schmidt vor der Presse in München berichtete, erreichte das Institut mit 596 Millionen Euro das beste operative Halbjahresergebnis seiner Geschichte. Der Anstieg von fast 50 Prozent ist auf eine deutliche Reduzierung der Risikoversorge und Bewertungsmaßnahmen zurückzuführen. Der Jahresüberschuss betrug zur Jahresmitte 334 Millionen Euro nach anteilig 49 Millionen Euro im Vorjahr. Für das gesamte Jahr sollte die Bank nach Schmidt mindestens eine Milliarde Euro verdienen. Beim Jahresüberschuss liegt das Ziel bei mehr als 800 Millionen Euro.

Die Geschäftszahlen untermauern und dokumentieren nach Schmidt, dass die Transformations- und des Geschäftsfelds der Bank gelungen ist. Die BayernLB sei nach einer schwierigen Umphase, unter anderem mit umfangreichen Bereinigungen des Kredit- und Beteiligungsportfolios, nunmehr wieder auf ihre Markt- und Kundenakti-

vität konzentriert. Sie wolle künftig verstärkt bundesweit expandieren, um in dem zunehmenden Wettbewerb unter den Landesbanken zu bestehen. Das Institut müsse noch stärker in die Veränderungen in der Bankenwelt einsteigen. Zwar strebe, so Schmidt, die BayernLB die Übernahme einer anderen Landesbank nicht an, Fusionen an sich brächten keinen

Mehrwert. Es könne aber zu einer Situation kommen, in der es darum gehe, zu fusionieren oder zuzufressen zu werden - „die BayernLB frisst lieber“.

Die Konzernbilanzsumme ist um 7,8 Prozent auf 359 Milliarden Euro gewachsen. Gestiegen sind sowohl die Interbankenerhandlungen als auch die Kundeneinlagen (um 6,3 Prozent auf 74,8 Milliarden Euro), die die positive Bonitätsentwicklung der Bank durch die Kunden wiedergeben. Der Bestand an verbrieften Verbindlichkeiten erhöhte sich seit Jahresmitte um 12,7 Milliarden auf 116,5 Milliarden Euro. Die Forderungen an Kreditinstitute stiegen um 6,5 Milliarden auf 131,2 Milliarden Euro. Die Verwaltungsaufwendungen werden mit 663 Millionen Euro ausgewiesen. Die Steigerung um 68 Millionen Euro resultiert insbesondere aus ineffizienten Realisierungen von IT-Großprojekten, die sich auch aus gesetzlichen Vorgaben ergeben. Daneben wird die Zusammenarbeit mit den bayerischen Sparkassen im Rahmen des Projektes IT Bayern realisiert.

### Marktanteil in Bayern

Nach Konzern-Chef Schmidt will die BayernLB außer in der Bundesrepublik auch in Osteuropa weiter expandieren. Etwa durch den Ausbau der ungarischen Tochter MKB, auch Zukäufe seien denkbar. Eine weitere Chance sieht Schmidt offenbar auch in der Übernahme der Hypo Vereinsbank durch die italienische Unicredit. „Die BayernLB bleibt bayerisch, der Kunde muss entscheiden, wo er das bessere Angebot findet.“ Dabei bietet sich die Chance, den Marktanteil in Bayern zu erhöhen. Für die Expansion sieht Schmidt seine Bank in einer guten Ausgangsposition. Zumal außerordentlich hohe Belagungen wie in 2004 durch die Rückstellungen zur Zahlung von 320 Millionen Euro an den Freistaat Bayern im Rahmen des GU-Belagverfahrens sowie weitere Restrukturierungsaufwendungen nicht zu erwarten sind. E. Scholl

## Behörden kehren der ...

(Fortsetzung auf Seite 5) (Fortsetzung von Seite 4) Fachhochschule sind Studenten gerne bereit, sich an den Sortiermaschinen-Zubehör zu verordnen. Die Paketsendungen stehen nicht auf dem Programm. Das haben bundesweit andere Firmen wie der UPS oder die US-amerikanische UPS übernommen.

### Der private Postkunde ein Problem

Mit dem Blick auf 2008 wird derzeit in Augsburg durchgeführt, was der Service auch privaten Haushalten angeboten werden könnte. Ob das ohne staatliche Beihilfe zu verkraften wäre, bleibt abzuwarten.

Die Deutsche Post AG hat zu ihrem 10-jährigen Bestehen in München-Riem eine Sonderausstellung eingerichtet. Hier findet der Besucher u. a. die illustrierte Broschüre „Mit der Post für's Land“, Walter Maschke, Leiter des Zentralbereichs Regulatorienmanagement, und Lothar Rogg, Sprecher der Geschäftsführung „Deutsche Post Net AG GmbH“, sprechen hier die „Exklusivlizenz“ zu Universaldienstleistungen auch auf dem flachen Land an, wie sie ihrem Unternehmen von der Politik verordnet worden ist - wie gesagt mit dem Verfallsdatum 31.21.2007. Sie

haben die geringe Wirtschaftlichkeit der Versorgung der ländlichen Bevölkerung hervor. Mit den etwa 2.000 größeren Filialen deckte die gelbe Post 70 Prozent der gesamten Kundennachfrage ab. Im Gegensatz dazu kämen die 4.000 kleinsten Filialen mit eigenem Personal nicht einmal auf zwei Prozent.

Am 20.08.07 dann auch nicht mehr die politische Vorgabe, in allen Landkreisen mit mindestens 80 Filialen ein Postfiliale im Übrigen verweisen die beiden Postmanager auf die zunehmende Nutzung elektronischer Medien sowie auf die Mobilität der Postkunden auch in ländlichen Bereichen. Über die Hälfte der Bevölkerung würde ja lediglich alle zwei bis drei Monate oder seltener eine Postfiliale aufsuchen.

Im bayerischen Wirtschaftsministerium, für die Postversorgung mit zuständig, wird die Verantwortung nach Berlin weitergegeben. Ggf. sei es Sache des Bundesrates, sich einzusetzen, falls es Versorgungsleistungen geben sollte. Aus Sicht der Zentralregierung, so der Sachbearbeiter im Hause von Minister Wieschke, müsse eine flächendeckende Versorgung auf hohem Niveau so weit möglich marktwirtschaftlich organisiert garantiert sein. Man warte jetzt erst einmal die weitere Ent-

# Kommunalfinanzierung in Zeiten knapper Kassen

## Neue Finanzierungsalternativen durch öffentlich-private Partnerschaften

**Bau, Betrieb und Unterhalt von Schulen, kommunalen Schwimmbädern, Brücken und Straßen oder Ver- und Entsorgungsbetrieben für die öffentliche Hand angesichts angespannter Haushalte zur Herausforderung. PPP-Modelle sind ein Ausweg.**

Ein 16 Millionen Euro teurer Schulneubau in Frechen-Habebach westlich von Köln ist ein Modell, wie die öffentliche Hand trotz knapper Kassen gemeinsam mit privaten Partnern neue Infrastrukturprojekte realisieren kann. Die Full Service-Lösung für den Neubau der Paul-Krause- und Bau von Sonderschule und Sporthalle werden ermöglicht. Sie wurden darüber hinaus 25 Jahre lang mit Bewirtschaftung und Unterhalt beauftragt. Partner des Rhein-Erft-Kreises künftig jährlich 300 000 Euro.

Der Landkreis ist der erste in Nordrhein-Westfalen, der einen Schulneubau in Public-Private-Partnership (PPP) errichtet. Das Land fördert das Vorhaben als Pilotprojekt. Nordrhein-Westfalen hat bei der Suche nach neuen Wegen der Kommunalfinanzierung eine bundesweite Vorreiterfunktion. Unter Regie des Finanzministeriums arbeitet dort eine PPP-Task-Force, die Kommunen berät. Das Land gehört der bundesweiten Initiative Public Partnership im Hochbau an.

### Pioniercharakter

Der Schulneubau hat auch für

### Zweitwohnungssteuer keine „willkürliche Finanzierungsquelle“

Der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, Joachim Herrmann, hat Bayerns Kommunen dazu aufgefordert, das Instrument der Besteuerung von Zweitwohnstätten „mit Augenmaß“ einzusetzen. „Die Eigentümer oder Mieter einer Zweitwohnung sind ohnehin schon über die Grundsteuer erheblich an der Finanzierung der Infrastruktur einer Kommune beteiligt. Die Zweitwohnungssteuer kann nur dazu dienen, den Mehraufwand der Kommunen für die Wohnsätze der „Teilebürger“ zu decken. „Die Kommunen müssen aufpassen, dass sie sich mit einer überzogenen Besteuerung nicht ins eigene Knie schießen.“ Niemandem ist gedient, wenn die Gäste dann wegbleiben.“ Der Landtag habe sich keineswegs für Zweitwohnungsstätten ausgesprochen, sondern lediglich deren Verbot aufgehoben. □

Deutschland Pioniercharakter: Erstmals wird hierzulande eine Sonderschule für geistig und körperlich behinderte Kinder in einer so weitgehenden öffentlich-privaten Partnerschaft realisiert: Private Partner sind nicht nur für Finanzierung, Planung und Bau von Sonderschule und Sporthalle verantwortlich. Sie wurden darüber hinaus 25 Jahre lang mit Bewirtschaftung und Unterhalt beauftragt. Partner des Rhein-Erft-Kreises ist die

sech Kontrolle. Bei erfolgreichen PPP-Projekten werden im Vergleich zu Bauten in Eigenregie erhebliche Hand-Einsparungen bis zu 25 Prozent erreicht.

### PPP-Projektvertrag

Ziele, Leistungen und Bedingungen der Zusammenarbeit werden üblicherweise in einem PPP-Projektvertrag vereinbart. Vertragspartner ist meist eine Projektgesellschaft, die für die Finanzierung verantwortlich ist und die Leistungen an Architekten, Bauunternehmern, Fachingenieure oder Betreiber bringt. PPP wird in unterschiedlichen Formen praktiziert. Sie unterscheiden sich vor allem in der Eigentümerschaft. Wer ist während der PPP-Vertragslaufzeit wirtschaftlicher und zivilrechtlicher Eigentümer des Objekts und wer danach?

• Beim Betreiber- und beim Leasingmodell steht schon zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses mit Preis und Termin fest, dass das Objekt nach Vertragsende von der öffentlichen Hand erworben wird. Diese Modelle eignen sich beispielsweise für Planung, Bau und Betrieb eines Schulgebäudes, das zwangsläufig ins Eigentum der öffentlichen Hand gehört.

• Anders gerartet sind Leasing- oder Vermietungsmodelle. Sie halten eine spätere Verfügung über das Eigentum entweder als Ankaufsrecht oder als Vorkaufrecht offen. Die öffentliche Hand kann nach Vertragsende das Objekt entweder weiter mieten, ausziehen oder es zum Marktwert erwerben. Das eignet sich z. B. für Brücken- oder Straßenbauaufträge.

• Bisher wird Public Private Partnership bundesweit nur in Pilotprojekten umgesetzt. Dringend erforderlich wäre ein Public Private Partnership auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene zu institutionalisieren und Umsetzungsrichtlinien von PPP-Modellen für die öffentlichen Haushalte zu definieren und entsprechend zu publizieren.

### Herausforderung für die Privatwirtschaft

Auch die Privatwirtschaft muss sich den neuen Anforderungen von PPP-Modellen stellen. Insbesondere die Instanzhaltungs- und Betreiberrisiken sowie deren Absicherung über

### Kapitalanlage für Kommunen:

## Sicher, liquide und rentabel

Die aktuelle Finanzkrise vieler Städte und Gemeinden ist hinlänglich bekannt und wird die Gewerbesteuereinnahmen zurückgehen, steigen gleichzeitig die finanziellen Verpflichtungen. Auch deshalb haben Kommunen in den letzten Jahren vermehrt alternative Aufgaben privatisiert als je zuvor. Statt die Erträge aber sofort wieder zu investieren, könnte dieses Kapital noch effizienter als bislang für langfristige Vermögensaufgabe genutzt werden. Doch hier stehen viele Kommunen in einem Dilemma. Einerseits sind sie auf eine ertragsreiche Vermögensanlage angewiesen, andererseits dürfen sie aber die Anlagensicherheit nicht gefährden.

Denn bei der Anlage des Kapitals unterliegen Kommunen den restriktiven gesetzlichen Auflagen der Gemeindefinanzierungsverordnungen. Hier werden vor allem die Aspekte Sicherheit und Liquidität besonders groß geschrieben. Und so disponieren viele Kämmerer die freien Mittel auf dem Markt für Wertpapiere. Termingeldern werden bei den aktuellen niedrigen Kapitalmarkttrenden nur relativ geringe Erträge ab. Obwohl historische Vergleiche zeigen, dass andere Anlagemöglichkeiten längerer Sicht beträchtlich höhere Erträge erzielen als dies festverzinsliche Wertpapiere oder Termingelder könnten, spielen sie bei der Kapitalanlage von Städten und Gemeinden bislang eine nur sehr untergeordnete Rolle. Dies liegt vor allem natürlich daran, dass das Risikoabwägen und das Thema Risikokontrolle so präsent sind wie nie zuvor.

### Risiken kontrollieren

Nach wie vor gilt es also, trotz sinkender Erträge an den Kapitalmärkten möglichst hohe Erträge mit klar begrenzten Risiken zu erwirtschaften, um auch weiterhin die kommunalen Aufgaben erfüllen zu können. In den letzten dreieinhalb Jahren – Kapitalmärkten hat der InstitutionBalancePlus der Union Investment auf den Zielkonflikt zwischen langfristiger Ertragssteigerung und kurzfristigem Risiko eine erfolgreiche Antwort geben können. Nachfolgend können 2003 in seinen ersten Jahr erfolgreich 4,10 Prozent und im Jahr 2004 trotz des abnehmenden 4,08 Prozent erwirtschaftet werden. Das waren immerhin zwei Prozent mehr, als man am Geldmarkt hätte erzielen können. Im laufenden Jahr 2005 konnte der InstitutionBalancePlus bereits in der ersten Hälfte mit bisher erzielten 4,08 Prozent an diese positive Entwicklung anknüpfen. Mit endrückvollem 13 Prozent Rendite seit seiner Auflegung (per 30.07.2005)

enorm lange Vertragslaufzeiten, die bei den Geschäftsmöglichkeiten sich stellen eine Herausforderung für Bauunternehmer, Betreiber und Banken dar. Daraus ergibt sich die Gefahr, dass die Kommunen über das entsprechende Eigenka-

zeit sich also, wie sich auch mit wenig Risiko beachtliche Erträge erzielen lassen.

### Chancen nutzen

Das Erfolgs-Konzept dieses Fonds ist denkbar einfach: Auf Basis einer dynamischen Wertesicherungsstrategie gelingt es nämlich, die Kontrolle des kurzfristigen Risikos in den Vordergrund zu stellen, ohne langfristige Werteverlustchancen zu vernachlässigen. Über eine systematische Kombination risikoreicher Anlagen mit chancenreichen europäischen Aktien und langlaufenden europäischen Renten ist es den Fonds möglich, bei sich positiv entwickelnden Märkten der Aufwärtsbewegung zu folgen. Bei einer negativen Marktentwicklung hingegen sichert das Wertesicherungskonzept gegen Vermögensverlust. Damit ist gewährleistet, dass die Vermögensbestand des Fonds auf Kalenderjahresbasis mindestens erhalten bleibt und zugleich bei kontrolliertem Risiko angemessene, regelmäßige und gut kalkulierbare Erträge erzielt.

Gleichzeitig ist es mit dem InstitutionBalancePlus gelungen, sich konkret an den Zielen von Kommunen auszurichten und deren besonderen Anforderungen gerecht zu werden. Schließlich legt das Wertesicherungskonzept besonderes Augenmerk auf den Aspekt der Sicherheit und erwirbt daher nicht nur Wertpapiere gemäß Anlageverordnung zum Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) - und ist somit deckungsstockfähig -, sondern beachtet sogar auch die strengen Anlagerestriktionen der Gemeindefinanzierungsverordnungen.

### Sicher, liquide und rentabel

Neben dem günstigen Chance-Risiko-Profil des InstitutionBalancePlus bietet die Föndstellung weitere Vorteile: Die Fondsanleihe können in der Regel börsentäglich verkauft werden, so dass sich Liquiditätsvorgaben leicht erfüllen lassen. Zudem können die Wertpapiere oder Fremdwertanlagen entsprechend den gesetzlichen Restriktionen individuell zusammengestellt werden. Vor dem Hintergrund einer rechtlicher Spielräume und spezifischer Bedürfnisse entspricht sich der InstitutionBalancePlus als attraktive Kapitalanlage für Kommunen. In diesen Wochen werden in Zusammenarbeit mit den bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken Einladungen zu zahlreichen Informationsveranstaltungen für Kommunen, Entscheidungsträger - so genannten Bürgermeisterfrühstücken. Die Termine können erfragt werden bei: Union Investment 069 - 2567 - 2865. □

pital und eine ausreichende Bonität verfügt, von PPP-Modellen weitgehend wird. Aber bei entsprechenden Anstrengungen beider Seiten könnte Public Private Partnership für einen Wachstumsmotor werden.

**Weitere Informationen:** Olaf Grunhäuser, Mitglied der Geschäftsführung, Starleasing GmbH, Augustanstraße 33, 68165 Mannheim. Telefon: (0621) 428-2700; Internet: www.starleasing.de; E-Mail: olaf.grunhaeuser@starleasing.de □

## Starker Partner der ...

(Fortsetzung von Seite 5) versierten Experten der Versicherungs-kammer Bayern. Sie setzen sich darüber hinaus in den Bereichen Brandschutz, Einbruch und Diebstahl, Umwelt, Überschwemmung und Katastrophenschutz ein. Bayern können Um Risikovermeidung geht es auch im Risk-Management für Krankenhäuser.

### Schadenprävention

Ein professionelles Instrumentarium zur Schadenprävention in allen haftungsrelevanten Bereichen stellt die Versicherungskammer Bayern Krankenhäuser und im Service der Medizin Risk Bayern Risk Management GmbH zur Verfügung. Die Medizin Risk umfasst ein unabhängiges Expertenteam aus Juristen, Medizinern und Organisationsfachleuten. Sie unterstützen Ärzte, Pflegekräfte sowie Verwaltungs- und Beschäftigten, um vorzuziehende Haftungs- und Schadenquellen zu ermitteln, Ursachen zu identifizieren und die Schadenquellen zu analysieren und konkrete Vorschläge zur Risikovermeidung zu erarbeiten.

### Zahlreiche Beratungen

Wie lassen sich Risiken minimieren? Was muss ich hierfür wissen? Und welche Maßnahmen sind zu ergreifen? Um solche und weitere Fragen und natürlich sachkundigen Antworten sind die Theoretiker Schadenprävention geht es bei den zahlreichen Beratungen, Veranstaltungen und Schulungen von

reichende Aufgaben- und Tätigkeitsfeld der Kommunen und Einrichtungen. Diese Arbeit wird eine Vielzahl unterschiedlicher Risiken, man denke nur an Bereiche wie Baueinplanung, Versicherungsrisiko, Katastrophenschutz, Versorgung, Krankenhaus und Umweltschutz. Neben möglichen Schadensersatzforderungen sind auch die Kosten für die Absicherung eigener Vermögenswerte - Gebäude, technische Anlagen, Fuhrpark etc. - ein wichtiges Thema. Vor diesem Hintergrund wird schnell deutlich, wie notwendig gerade und umfassende Versicherungs- und Schadenprävention für Kommunen und ihre Einrichtungen ist.

Letztlich darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass der Preis für diesen Versicherungsschutz auch von den dahinterstehenden Risiken bestimmt wird. Gemeinsames Ziel sollte daher die Minimierung dieses Risikos sein. Weitergehende Informationen zu allen beschriebenen Themen veröffentlichte die Versiche-rungskammer Bayern in ihrer neuen Broschüre für Kommunen Die Versicherungs-kammer Bayern - Ihr kompetenter Partner vor Ort, die bereits an die Kom-munen verteilt wurde. □

Das vielschichtige und weit-



Beste Resonanz fand das Kommunalforum der Sparkasse. Im Bild von links Gerd Marxreiter von „Bayerngrund“, Hans Götz, Vorstandsmitglied der Sparkasse, Volker Firschau, Leiter Portfolio-Management der Bayerischen Landesbank, Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Vorstandsmitglied Hans Tomani, Joachim von Rotenhan, Geschäftsführer des Maschinen- und Betriebshilfsringes, Michael Gammel, Geschäftsführer der Gammel Engineering GmbH.

## Kommunalforum der Sparkasse Schrobenhausen

Mit ihrem „Kommunalforum“ hat die Schrobenhausener Sparkasse in den vergangenen Jahren eine Einrichtung geschaffen, die für Städte und Gemeinden aktuelle Finanz-Informationen aufbereitet. Gerade in Zeiten außerst angespannter Haushalte gibt dieses Forum Anregungen, wie Investitionen günstig finanziert werden können und welche zukunftsreichen Investitionen rentierlich und wirtschaftlich sinnvoll sind. Eingeladen werden regelmäßig die Bürgermeister aus dem Geschäftsbereich, die Mandatsträger der Gemeindegremien und des Kreistages sowie die Amtsleiter und Kämmerer der Verwaltungen. Die Resonanz ist hervorragend.

Zuletzt konnten Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer und seine Vorstandskollegen Hans Götz und Hans Tomani Referenten vorstellen, die erst den Blick auf die Zinsentwicklung freigaben, dann moderne Finanzierungsmodelle für öffentliche Investitionen aufzeigten. Dieses Mal ging es um ein

heißes Thema, das derzeit wieder bei der öffentlichen Hand oberste Priorität hat: die Energiepreise.

### Kapitalmärkte

„Die Entwicklung der Kapitalmärkte und Zinsprognosen und

mögliche Auswirkungen auf kommunale Finanzen“ behandelte Volker Firschau, Leiter Portfolio-Management der Bayerischen Landesbank. Firschau erklärte, inwieweit Prognosen möglich sind und unter welchen Parametern die Aussagen gemacht werden. Die Richtgrößen kämen aus den USA. Die USA seien nun einmal der größte Wirtschaftsraum und die dort angetriebenen Entwicklungen hätten Auswirkung auf die Welt, besonders den europäischen Wirtschaftsraum.

Firschau sieht „eine langsamere Gangart des Aufschwungs in den USA“, jedoch kein abruptes Ende oder gar eine Rezession. Dieses Restimec deutet

auch auf leicht steigende Zinsen.

Wie sich kommunale Investitionen haushaltsneutral gestalten lassen, erläuterte Gerd Marxreiter, Repräsentant der Bayerngrund, einem Tochter-Unternehmen der Bayerischen Landesbank. Die Bayerngrund wurde 1972 gegründet, also in den Zeiten der bayerischen Gemeindegebietsreform, und ist vor allem als Grundstücksbeschaffungs- und -erschließungs-Gesellschaft tätig. Für jedes Vorhaben wird eine privatrechtliche Gesellschaft gegründet, die dann Möglichkeiten hat, die im Rahmen der VOB nur bedingt gegeben sind. Mit Hilfe der Bayerngrund sind auch schon politisch recht schwierige Projekte ausgeführt worden, beispielsweise eine Umgehungsstraße.

### Energie-Investitionen

Der Liter Super bleifrei in me gekanntem Höben - da hörte man beim Thema Energie genau hin. In seinem Referat über die „Entwicklung, Projektierung und den Betrieb rentabler Energie-Investitionen mit Blick auf ökologische Energieträger“ zeigte Michael Gammel, Geschäftsführer der Gammel Engineering GmbH, eine einprägsame Grafik: Die Kurve machte deutlich, dass in den vergangenen Jahren die Preise für Industriemetall und Edelmetalle leicht angestiegen sind, die Agrarpreise hingegen deutlich zurück fielen.

Über diesen beiden Kurven zeigt die der Energiepreise schwunghaft nach oben. Und mit einem rückläufigen Trend sei wohl kaum mehr zu rechnen. Für Erdöl lautet das Argument: Die aufstrebenden Wirtschaftsräume China und Indien werden auf Dauer hohe Mengen Erdöl vom Weltmarkt nehmen. Gammel er-

klärte, dass mit den ökologisch wertvollen Biomasse-Heiz(kraft)werken - verheizt werden „sauber“ Fleckschmitz - die fallende Kurve der Agrarpreise in die steigende Linie der Energiekosten anbinden könne. Gleichwohl sollten die Preise für die daraus gewonnene Energie unter denen der fossilen Brennstoffe bleiben.

Vergleichsrechnungen für die regionale Wertschöpfung - also den bei der jeweiligen Energieanlage in der Region verbleibenden Geldströmen - machen den nachhaltigen Vorteil der Energie aus „sauberen“ Holz deutlich: Während beim Einsatz von Erdgas oder Heizöl der überwiegende Teil der jährlichen Heizkosten in die produzierenden Länder abfließt, verbleibt bei der Verwendung von Wald-Reschholz die Wertschöpfung bei lokalen und regionalen Unternehmen. Dies ist gerade für die Kommunalpolitiker ein wesentliches Entscheidungskriterium, wenn es um die Wärmeversorgung der öffentlichen Liegenschaften geht. Das Unternehmen aus Abensberg hat schon zahlreiche Projekte in Bayern ausgeführt. Gammel zeigte auch die Wege zu einem erfolgreichen Biomasse-Heiz(kraft)werk auf.

### Neue Marktmöglichkeiten

Das konkrete Projekt in Schrobenhausen stellte Joachim von Rotenhan vor, Geschäftsführer des Maschinen- und Betriebshilfsringes im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen. Neue Marktöglichkeiten für die Landwirtschaft will man mit der 2003 gegründeten Firma Reg Energ GmbH erschließen, und die erste große Unternehmung sei die Errichtung des Biomasse-Heizkraftwerkes für das Kreis-Krankenhaus Schrobenhausen.

### Großartiges Leistungsprofil

Zum Einstieg hatte Thomas Schwarzbauer in knappen Zahlen das Leistungsprofil der Schrobenhausener Sparkasse vorgestellt und dabei vor allem das Engagement im Kommunalgeschäft - hier an zweiter Stelle im Vergleich der bayerischen Sparkassen - hervorgehoben. Die gute Resonanz auf das Kommunalforum zeigte sich nicht zuletzt an tiefgehenden Diskussionsfragen aus dem Kreis der rund 60 Teilnehmer, unter ihnen Rosina Straub, stellvertretende Landrätin und Bürgermeisterin Auguste Schmid, Vorsitzende des Gemeindegremiums im Landkreis.

### Bund der Steuerzahler:

#### Prüfsteine zur Bundestagswahl

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenhausen, forderte anlässlich der Vorstellung der Wahlprüfsteine des Verbandes dazu auf, nicht nur die Programme der Parteien zu prüfen, sondern auch kritische Fragen an die Kandidaten zu richten. Die Stimmen der Steuerzahler sollten Parteien erhalten, die glaubwürdig bereit seien, ein gerechtes, effektives und einfaches Steuerrecht einzuführen. Eine große Strukturreform müsse nach der Bundestagswahl kommen. Jede neue Bundesregierung müsse sich an den Konzepten namhafter Steuerexperten orientieren, die durchwegs an einer grundlegenden Reform mit unterschiedlichen Ansätzen arbeiten.

Genossenschaftsverband Bayern:

## Die Zeichen der Zeit erkannt

Rück- und Ausblick von Verbandspräsident Stephan Götzl im Rahmen einer Presseerklärung nach Prag

Eine erste Zwischenbilanz seiner Amtszeit, verknüpft mit dem Blick auf künftige Entwicklungen im Bankenbereich, zeigt Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern (GVb), Stephan Götzl, bei einer Presseerklärung in Prag. Dabei behauptet er die wirtschaftliche Entwicklung der bayerischen Kreditgenossenschaften im ersten Halbjahr als „zufrieden stellend, bedauerlicherweise aber auch nicht mehr“.

Ein Blick auf die vergangene Zeit führt nahe, dass die Bankengruppe seit 1999 kaum noch Zuwächse bei den Bilanzzahlen verzeichnen, erklärte Götzl. Leichte Steigerungsraten bei Einlagen und Bilanzsumme beruhten vorwiegend auf Zinsparitäten. Die Bilanzsumme liegt zur Jahreshälfte um 0,2 Prozent unter dem Jahresanfangswert, d.h. nimmt bei rund 100 Mrd. Euro.

### Auffälliger Kreditstau

Auffallend sei momentan „ein deutlicher bundesweiter Kreditstau auf der Angebotsseite“, fuhr Götzl fort. Dabei wären die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sehr wohl in der Lage, umfänglich Kredite auszureichen. Dieser Trend, so befürchtete der Verbandspräsident, werde sich fortsetzen, „so lange es die Politik nicht schafft, Rahmenbedingungen in Deutschland zu etablieren, die Investitionen fördern“.

### Wachstumschancen

Obleich die gesamtwirtschaftliche Lage nicht sprühen am Bankenmarkt vorbeigeht, „flüchtel in der Umsetzung“ zu sein. Seitens der Aufsicht dürfte für dieses Jahr wieder mit einem Betriebsergebnis nahe dem Benchmark von einem Prozent der Bilanzsumme, denn: „Unsere Mitgliedsbanken sind permanent um die Freilegung von Effizienzpotenzialen bemüht.“ Obnein nutzen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken die bestehenden Wachstumsschancen - vor allem im Vertrieb und im Cross Sell - und vertriebe Götzl. „Maass seien im vergangenen Jahr betriebswirtschaftlich gestrafft und die Effizienz der 15.000 Vertriebsmitarbeiter gesteigert worden. Pro Girokonto verkaufte die Mitgliedsbanken durchschnittlich 2,32 weitere Produkte wie Sachversicherungen, Lebensversicherungen oder Bausparverträge... ein in der Bankengruppe exzellenter Wert.“ Dies zeige: „Die Mitarbeiter der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken beherrschen das Allfinanzgeschäft.“

gumtem Beispiel vorangegangen und der Bürokratieabbau in Angriff genommen, die Aufsichtspraxis nicht zur verfügbaren Strukturpolitik benutzt so wie der Prüfungsumfang von einer formalistischen Rundprüfung auf unmittelbar relevante Bankentzen zurückgeführt wird. Die bisherige Prüfungspraxis belaste nämlich zu sehr die Aufsichtspraxisgenerierer und mittleren Banken mitunter in einer Größenordnung von 30 bis 50 Prozent des Betriebsergebnisses.

### Kontoüberführungen

**Stichtagsautomatisiertes Kontoüberführer:** Vor dem Hintergrund massiver Kapitalabflüsse bei Banken und Sparkassen in Grenzzonen zu Österreich begründet der Genossenschaftsverband Bayern ausdrücklich den im Regierungsvertrag von CDU/CSU angekündigten Abfall des Kontoüberführers sowie die Einführung einer Abgeltungssteuer ab 1. Juli 2007. Auch an dieser Stelle setzte der GVb auf eine „Koalition der Vernunft“. **DK**

kraftig Götzl. Im Interesse der GVb-Mitgliedsbanken forderte er, dass seitens der BaFin mit

## Prager Sieben-Punkte-Programm

Folgende Erwartungen des GVb an die künftige Bundesregierung fasste Götzl im sog. Prager Sieben-Punkte-Programm zusammen:

1. Mehr geschäftspolitischer Handlungsspielraum für die Banken und deutlicher Abstand zu überzogenen formalistischen Vorschriften
2. Nutzen der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) als Chance zum Abbau von Bürokratie
3. Mehr Möglichkeiten zur risikoorientierten Vorgehen und Reduzierung von Dokumentationsverpflichtungen
4. Schaffung einer gesetzlichen Klarstellung, nach der Sonderprüfungen gemäß § 44 Abs. 1 KWG nur bei Vorliegen eines Anlassfalls seitens der Bundesbank als Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) angeordnet werden dürfen
5. Wiedereinführung der Übernahme von zehn Prozent der Prüfungsstellen durch den Staat und eine diesbezügliche Kontrollrolle
6. Trotz bestehender internationaler Terrorismus- und Geldwäschelichtliche Unterstützung einer verhältnismässigen Anwendung der Vorschriften für Banken
7. Sorge tragen, dass Banken nicht im wahren Sinne des Wortes von aufsichtserhehlichen Vorschriften und Dokumentationslasten erdrückt werden. **DK**

### Bayerns Gemeinden:

## Leichte Entspannung der Finanzlage

„Erstmals seit vier Jahren konnten die bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke im Jahr 2004 wieder einen - wenn auch geringen - finanziellen Überschuss in Höhe von 87 Millionen Euro erwirtschaften. Den Gesamteinnahmen der bayerischen Kommunen von 23,245 Milliarden Euro standen Gesamtausgaben von 23,338 Milliarden Euro gegenüber“, teilte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München mit. Damit zeichne sich nach seinen Worten eine leichte Entspannung der zuletzt auch in Bayern vierorts schwierigen Haushaltslage der Kommunen ab.

„Natürlich weiß ich, dass die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden immer noch alles andere als rosig ist. Verantwortlich hierfür sind vor allem die Steuerzufälle der vergangenen Jahre bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben“, so der Minister. „Dennoch zeichnen sich an Horst als Der positive Finanzierungssaldo 2004 bestätigt erneut, dass die bayerischen Städte und Gemeinden, Landkreise und Bezirke besser dastehen als die Kommunen in den anderen Ländern.“ Zum Vergleich: Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen erwirtschafteten 2004 einen negativen Finanzierungssaldo in Höhe von 1,399 Milliarden Euro. Bundesweit erwirtschafteten 2004 einen negativen Finanzierungssaldo von 3,8 Milliarden Euro.

Der positive Finanzierungssaldo 2004 der bayerischen Kommunen beruhte vor allem auf dem geringen Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen der baye-

Bayerische Wirtschaft:

## Ruf nach einem „Befreiungsschlag“

„Die wirtschaftliche Lage in Bayern ist nach wie vor angespannt. Das ist das Ergebnis der aktuellen Umfrage bei 22 Mitgliederverbänden der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw). Präsident Randolf Rodenstock mahnte vor der Presse die Politik daher zu umfangreichen Veränderungen und stellte das neue vbw-Konzept mit dem Titel „Zukunft 07 - 8 Bausteine für mehr Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung“ vor. Im Zusammenhang mit der Forderung nach einer großen Steuerreform trat Rodenstock für den Wegfall der Gewerbesteuer ein. Statt dessen sollte den Kommunen ein Hebesatz auf Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer zugestanden werden.

Nach der Konjunkturfaktoren können Wachstumssimpulse derzeit auch in den kommenden Monaten ausschließlich von Auslandsächtern. Das Inlandsgehalt bleibt dagegen schwach. Kein einziger Verbund bewertete die inländische Geschäftslage als gut. Nach Einschätzung der vbw-Mitgliedsverbände lag die Nettomittelzuflüsse im vergangenen Jahr durchschnittlich um ein Prozent. Rund ein Drittel der Unternehmen machte sogar Verlust. Es gebe, so Rodenstock, nicht nur eine gesplante Konjunkturverschlechterung, sondern auch zwischen den Branchen. An dieser Situation werde sich in absehbarer Zukunft wenig ändern.

Das stagnierende Inlandsgehalt und die schwache Ertragslage für die Unternehmen, die Investitionen nicht belieben, sondern trotz der erfreulichen Exportentwicklung sogar leicht zurückgingen. „Leider Gottes war es ab dadurch auch der Beschäftigungsaufbau im Freistaat weiter fortsetzen“, so der vbw-Präsident. „Die Nachfrage, keine Inflation, keine Neuwahlen sei eine grundlegende Neuorientierung in der Wirtschafts- und Sozialpolitik Gebot der Stunde.“ Die vbw sieht nicht, hier und da eine Schraube festzuziehen - mal so rum, mal anders rum. Es geht vielmehr um ein schlüssiges Gesamt-konzept jenseits von Einzelmaßnahmen und Flickschusterei.“ Die deutsche Wirtschaft brauche einen so einschneidenden Strukturvertonen für die Wirtschaft, wie neuen Steuern und Abgaben für alle, mehr Eigenverantwortung in den sozialen Sicherungssystemen. Dieser Befreiungsschlag müsse ergänzt werden durch mehr Investitionen in Bildung.

Die vbw fordert die bayerische Wirtschaft für ihre Grundstrategie in sieben Bausteine für mehr Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung. Der Arbeitsmarktfasst ihr geht es, um den Ausbau staatlicher Einmischung, um die große Steuerreform, um mehr Beschäftigungsschancen für die Arbeit, um eine grundsätzliche Reform der Sozialsysteme, um eine Umwelt- und Verbraucherschutzreform, um die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, um die Reduzierung der Staatsverschuldung, um die Erleichterung der Familien- und Beruf.“

Unter dem ersten Baustein versteht Rodenstock den Abbau von Bürokratie. Die vbw fordert die Flexibilisierung des Arbeitsrechts, um die Reduzierung der Staatsverschuldung, um die Erleichterung der Familien- und Beruf.“

von Gesetzen, eine wirksame Abschätzung von Gesetzesfolgen sowie Wettbewerb und Anreize in der Verwaltung.

Bei der großen Steuerreform als zweitem Baustein wünscht sich die bayerische Wirtschaft für die Unternehmen, Wettbewerb und Beschäftigung von 25 % die Gleichstellung von Personen- und Kapitalgesellschaften, die Abschaffung der Gewerbesteuer und ihre Ersetzung durch einen den Kommunalen zuzurechnenden Körperschaft-, Einkommen- und Umsatzsteuer sowie den Wegfall der Erbschaftsteuer bei der Führung des Betriebes über mindestens 100 Mitarbeiter.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer hält Rodenstock für nicht angemessen, weil sie einer Politik der Wachstum und Beschäftigung widerspreche. Aber ein solcher Schritt wäre dann - nur dann - dennoch vertretbar, wenn die Abschaffung der Faktor Arbeit durch sinkende Sozialbeiträge zu entlasten.

### Was Reformen nicht sind

An zwei Beispielen macht Rodenstock deutlich, was er ganz und gar nicht unter Reformen versteht: Höhere Löhne, wie sie z.B. durch die Tarifverhandlungen gefordert werden, und Mindestlöhne. Höhere Löhne steigerten den Kostendruck der Firmen, ohne die notwendige wirtschaftliche Nachfrage zu erhöhen. Denn für 100 Euro Lohnüberhöhung müsste der Arbeitgeber insgesamt 177 Euro aufwenden.

Beim Arbeitnehmer kämen davon brutto 136 Euro an (als ein erfahrungsgemässes Nettolohn) und 41 Euro an Steuern und Sozialabgaben blieben netto 79 Euro übrig. Davon würden im Schnitt 8 Euro von Steuern und 22 Euro für auslandische Arbeitnehmer anfallen. Die vbw blieben letztlich nur 49 Euro für die deutsche Produkte und Dienstleistungen. Damit aber sei die Beschäftigung nicht unbedingt deutlich größer als bei der Beschäftigungseffekt. Und Mindestlöhne seien ein weiteres Beispiel für die Forderung, alle jene Arbeitnehmer, deren Beitrag zur Wertschöpfung unter dem Mindestlohn liege, müssten dann um ihren Beitrag zu einer Studie des (arbeitgeberarmen) Instituts der deutschen Wirtschaft (Iw) wären durch die Einführung von Mindestlöhnen allein in der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie ca. 7000 Arbeitsplätze in Gefahr. Denn ein vbw-Fragbogen warnte zum Schluss: „Wenn wir die Reformen zügig und kraftvoll durchzuführen, könnten wir die Arbeitslosigkeit in 20 Jahren auf etwa 4 % drücken - statt sie auf 17 % hochzunehmen.“ Die vbw fordert die Unternehmen wie bisher. Und mit durchgreifenden Reformen läge das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Deutschen bei etwa 18.000 Euro pro Jahr höher, also um 40 % höher als bei Fortschreibung des Status

DaimlerChrysler:

## Hilfe in Höhe von US\$ 1,1 Mio. für Hurrikan-Opfer

DaimlerChrysler Financial Services bietet Zahlungerleichterungen für Händler und Kunden / Mercedes-Benz U.S. International wandelt Schulungszentrum in Notunterkunft für Hurrikan-Flüchtlinge um

Der DaimlerChrysler Corporation Fund hat heute zusammen mit DaimlerChrysler Financial Services, Mercedes-Benz USA und Freightliner eine gemeinsame Zahlung von US\$ 1,1 Mio. als Reaktion auf die Verwüstungen des Hurrikans „Katrina“ bekannt gegeben. Das Geld soll für Notunterkünfte, Wasser, Lebensmittel und weitere lebensnotwendige Hilfe in den Gebieten verwendet werden, die von der schlimmsten Naturkatastrophe der USA seit über 100 Jahren heimgesucht wurden.

„Wir sind alle fassungslos angesichts der schrecklichen Folgen des Hurrikans „Katrina“,“ sagt Tom LaSorda, Präsident und CEO der Chrysler Group. „Viele DaimlerChrysler-Mitarbeiter und ihre Angehörigen sind unmittelbar davon betroffen. Wir wissen, wie wichtig es ist, in solchen Notzeiten zusammenzuhelfen. Wir hoffen, dass wir auf diese Wei-

se dazu beitragen können, die zerstörten Gemeinden wieder aufzubauen.“

### Viefältige Hilfe

Der DaimlerChrysler Corporation Fund stellt US\$ 500.000 für Rettungsmaßnahmen zur Verfügung, davon US\$ 150.000 als Soforthilfe an das Amerikanische Rote Kreuz und US\$

200.000 an örtliche Wohltätigkeitsseinrichtungen. Der Fund ist derzeit mit der Auswahl örtlicher Wohltätigkeitsseinrichtungen beschäftigt, die humanitäre Hilfe in den betroffenen Gebieten in Louisiana, Mississippi und Alabama leisten. Weitere US\$ 150.000 werden bereitgestellt, um die Spenden einzelner Mitarbeiter zu verdoppeln. Zusätzlich sind die Spenden der einzelnen Geschäftsbereiche an das amerikanische Rote Kreuz zur sofortigen Auszahlung bestimmt.

DaimlerChrysler Financial Services spendet insgesamt US\$ 250.000, wovon die Spenden der Mitarbeiter bis zu US\$

50.000 verdoppelt werden. Mercedes-Benz USA sagt US\$ 250.000 zu. Freightliner, ein Teil der DaimlerChrysler Nutzfahrzeugsparte, hilft mit US\$ 100.000.

Neben den Spenden leisten die Geschäftsfelder zusätzliche Hilfe: Die betroffenen Kunden von Chrysler Financial und Mercedes-Benz Credit können ihre Kreditlinien verlängern und Ratenzahlungen bis zu 90 Tage aufschieben. Kostenlose Hotlines stehen für Versicherungsfragen zur Verfügung. Das Katastrophen-Unterstützungsteam der DaimlerChrysler Insurance Company unterstützt die Chrysler-, Jeep(r)-, Dodge- und Mercedes-Benz-Händler.

### MBUSI und Rotes Kreuz

Im Bundesstaat Alabama arbeitet Mercedes-Benz U.S. International (MBUSI) mit dem Roten Kreuz von West Alabama zusammen und kümmert sich um die Menschen, die vor dem Sturm an der Golfküste nach West Alabama geflüchtet sind. Ein Teil des Schulungszentrums

des Werks in Alabama wurde am 2. September zusammen mit dem Roten Kreuz als temporäre Notunterkunft für Flüchtlinge eröffnet.

Mitarbeiter und Zulieferer

von MBUSI unterstützen die örtliche Gemeinde. MBUSI plant zudem lokale Spenden und die Aufstockung der Mitarbeiterpenden um denselben Betrag. □

### Nutzfahrzeuge:

## Bayern drängt auf verstärkte Abgasreinigung

Bei einem Besuch des bayerischen Nutzfahrzeugherstellers MAN in München wies Umweltminister Werner Schnappauf darauf hin, dass die neueste Filtertechnik große Potenziale für eine spürbare Verbesserung der Luftqualität aufweise.

Dazu müssten die Systeme aber auch in der Praxis Verbreitung finden - insbesondere bei Fahrzeugen, die bereits im Verkehr sind. Die Bundesregierung habe hier kein schlüssiges Gesamtkonzept, um Anreize für moderne Abgasreinigungstechnologien zu bieten.

### Fehlen konkreter Anreize

Unter anderem fehlen laut Schnappauf konkrete Anreize im Bereich der leichten Nutzfahrzeuge bis zwölf Tonnen. Diese Fahrzeuge seien bei der Förderung schadstoffarmer Technologien momentan völlig außen vor. „Zur Schließung der Lücke muss der Bund schnellstens ein aufkommensneutrales, steuerliches oder wirtschaftliches Anreizkonzept vorlegen. Ansonsten werden Investitionen in den Umweltschutz unnötig gehemmt. Dies schadet Umwelt und Herstellern gleichermaßen“, erklärte Minister Schnappauf. □

Produktlinie Unimog U 300 - U 500:

## Flexible Geräteträger für den Ganzjahresinsatz

Mähen und schneiden, räumen und streuen, transportieren und reinigen: Es gibt eigentlich nichts, was ein Mercedes-Benz Unimog im kommunalen Ganzjahresinsatz nicht leisten kann. Deshalb wird dies der IFAT 2005, in den Räten Daimler Chrysler der universell einsetzbaren Geräteträger in zwölf beispielgebenden Exponaten gezeigt. Die Fahrzeuge sind bodargerecht konzipiert von Mercedes-Benz und weltweit führenden Geräteherstellern.

Mehrfachnutzung - für den Unimog von Mercedes-Benz sind insbesondere, sondern Alltags - am frühen Morgen noch ein überraschender Streusack - kurz vor den geplanten Freischnittarbeiten und der Grünflächenpflege. Im deutschen Frühjahr keine Seltenheit. Und kein Problem mit dem Unimog U 300 U 400 U 500. Er bietet bis zu vier An- und Aufbaumäher, dazu die integrierte Arbeits- und Leistungsflexibilität sowie vormontierte Gerätemitteln. So sorgt das flexible Unimog-Antriebskonzept

dafür, dass im kommunalen Winter- und Sommerdienst ein Trägerfahrzeug alle Aufgaben erledigen kann.

### „Unimog Dual-Use“

Im Detail ist der Unimog Dual-Use ein U 300 mit verkürztem Radstand (2800 mm), ausgestattet mit einer Axs- und Wallkesselschere von Dücker am Ausleger UNA 500 sowie Steuer Gineiner STA 1800 TFS (Behältervolumen 18 m³ für Trockenstoff und 840 Liter Öl), für standardisierte Bedie-

nungsausgerüstet mit dem ISO-BUS-Belegterminal.

Das Exponat aus der Produktlinie der Unimog-Geräte-

träger in Halle B 5 ist ein U 400 mit 170 kW/230 PS. Seine Arbeitsbreite ist eine Wildkrautbreite im Frontanbau in Kombination mit einer Aufbaumähermaschine Typ SK 350 von Schmidt Winterdienst und Kommunalechnik (Prof-Reinigungs-einheit). Selbstverständlich ist an Bord ist die Leistungs- und Wasserpumpe sowie die Wechselbockung Vario-Pilot. Zukunftsstrahrend vereinhaltet stellt sich die Bedienung der Arbeitsgeräte mittels ISOBUS-Belegterminal dar.

### U 500 „Trio-Mäher“

Der U 500 „Trio-Mäher“ als drittes Unimog-Exponat zeigt mit einem Mulat MKM 700 und MHU 800 (Prof-Maltheinheit),

an wieviel Ecken und Enden so ein Universal-Motorgerät überall aktiv sein kann. Ausgestattet mit der innovativen DC-Schaltanlage hat Drehstift sind mit dieser Gerätekombination Mähleistungen bis zu 3 Meter Arbeitsbreite im 2-Mann-Betrieb darstellbar. Die Trio-Malkombination besteht aus einem Radstreifenmäher, einem Frontausleger-Böschungsmäher und als die dritte Einheit aus einem auf dem Unimog-Prismen montierten Böschungsmäher. Die erforderliche, hohe Motorenleistung liefert der U 500 mit seinen 205 kW/280 PS.

Die modern gestaltete Kabine ist aus leichtem Faserverbundwerkstoff (FVW) gefertigt. Als Antrieb werden in den Unimog der Produktlinie U 300 - U 500 Vier- und Zweichylinder-Motoren der Baureihe 900 von 110 kW (150 PS) bis 205 kW (279 PS) eingebaut. Die Kraftübertragung erfolgt über ein Getriebe mit bis zu 12 Gängen auf ein Differentialnagel angetriebenen Räder. Hinzu kommen sperrbare Mitten- und Hinterrads-Differenziale.

### ISOBUS: Geräte mit nur einem Pilot steuern

Die weltweit einheitliche Steuerung (ISOBUS) erlaubt die Bedienung von Geräten unterschiedlicher Hersteller mit nur einem Terminal. Die gesamte Schnittstelle ist die Basis der Verbindung. Beim Anschluss eines entsprechenden Gerätes werden automatisch die notwendigen Daten vom Job-Rechner des Geräts in das Bedienterminal übertragen und dort gespeichert. Der Fahrer erblickt also auf seinem Terminal ein gerätespezifisches Menü. ISOBUS erlaubt die Bedienung von unterschiedlichen Geräten gleichzeitig mit nur einem Bedienpilot. Die integrierte Betriebsdaten-Erfassung bildet unter anderem die Grundlage für



Multifunktionaler Ganzjahresersatz - für den Unimog von Mercedes-Benz nichts besonderes, sondern Alltag. Ob im Winter ...

den Leistungsnachweis, z. B. im Winterdienst, und für die spätere Rechnungsstellung.

### AutomatikShift: Schonend schalten, schneller wenden

Alternativ zur serienmäßigen halbautomatisierten Teillengtschaltung gibt es im Unimog auch die automatisierte Schaltung „AutomatikShift“. Sie erlaubt sichere und bequeme Schaltvorgänge ohne Betätigung der Kupplung. In Verbindung mit der serienmäßigen Wendeschaltung EQR („Electronic Quick Reverse“) ist ein schneller Wechsel zwischen Vorwärts-

und Rückwärtsfahr möglich, da zum Umschalten nicht angehalten werden muss.

### Neu: Leistungshydraulik schnell geschaltet

Neu ist die schnell wechselbare Leistungshydraulik beim U 400 mit kurzem Radstand. Ist hohe Nutzlast gefragt, zum Beispiel im Winterdienst, lässt sie sich mittels dem Zwischenhebel in zwei Stufen höherer Wechsellast absetzen. Oder alternativ zusammen mit einem Mäherabgelassen. Das Gewicht von rund 250 kg kann voll der Nutzlast zugeschlagen werden. □

### Rettungswesen im Landkreis Pfaffenhofen:

## „Dramatische Verschlechterung“

Die Vorstellungen des sog. Trugstatutens, eines ordnungsgemäßen Rettungsdienst mit nur zwei Einsatzgruppen im Landkreis Pfaffenhofen sicherzustellen, hat Landrat Rüd Engelhard schon nach einem halben Jahr als gescheitert anzusehen.

Laut Engelhard hat die zum 1. Februar 2005 stattgefunden Reduzierung der Rettungswagen von vier auf zwei zu einer „dramatischen Verschlechterung“ des Rettungswesens im Landkreis Pfaffenhofen geführt. Immer häufiger berichteten Feuerwehrleute, dass sie sich um Unfälle kümmern müssten, was ein Rettungsteam aus Ingolstadt, Schrobenhausen, Mainburg oder Kelheim eintrifft. Dafür seien die Feuerwehren weder ausgebildet noch ausgerüstet, so Kreisbrandrat Karl Eder. Nach seiner Aussage sehen sich die Feuerwehren nicht in der Lage, die verschlechterte Situation bei den Sanittären aufzufangen oder auszugleichen.

### Aushilfe klappt nicht

Die Unterstellung des Gutachtens, dass sich die Rettungswagen im Landkreis Pfaffenhofen gefälligst klappt nach Ansicht des Pfaffenhofers Landrats wegen der weiten Westgrenze nicht. Wenn der Schrobenhausener Rettungswagen in Pfaffenhofen aushilft, dürfe an „Stamitz“ kein Unfall, Schlanganfall oder Herzstillstand feststellen. Da es kein Rettungsteam mehr da. Das gleiche gelte umgekehrt.

### Notfallanalyse

Dass diese Fälle gar nicht so selten sind, zeigt die Analyse von 1.043 Notfällen. Darin bei waren in 224 Fällen das Pfaffenhofer und Giesenfelder Rettungsteam gleichzeitig im Einsatz. In 59 Fällen musste die Mannschaft des Kranken-

transportwagens auf den Rettungswagen umsteigen. In 196 Fällen (18,8 %) konnte die Hilfestellung von 12 bzw. 15 Minuten nicht eingehalten werden. Bei 103 Notfallereignissen der Monate Februar, März, April 2005 mussten in 276 Fällen (= 26,4 %) auswärtige Rettungswagen aushelfen. Auch die Zahl der Einsätze des Rettungshubschraubers ist deutlich gestiegen.

### Problem Hilfsfristen

Landrat Engelhard wendet sich auch gegen das „Schöndrögen“ der Hilfsfristen. Bei der Feuerwehr läuft die Stoppuhr ab Auslösen des Alarms. Beim Rettungsdienst erst ab Start des Rettungswagens. Manchmal habe ich den Eindruck“, so Rüd Engelhard, „dass der Zeitsperr erst gedrückt wird, wenn die Landrissgrenze überschritten wird.“ Seiner Ansicht nach sind die Hilfsfristen aus der Sicht des Patienten zu sehen. Der Landkreis findet die Haltung des Innenministeriums und der Krankenkassen verantwortunglos. Es gelte schließlich am Menschenleben zu sparen. Das fordert eine dritte Rettungswagenabstimmung.

Mit scharfen Worten wendet sich der Landrathescheib auch gegen eine Aufteilung des Landkreises Pfaffenhofen auf verschiedene Rettungsbereiche. Engelhard: „Das heißt, die Landkreistagebetsreform kann es nicht sein, dass sich die Nachbarlandkreise Bereiche Pfaffenhofens zurechnen, damit sie bei Einsatzfällen erreichen.“ □



... oder im Frühjahr. Das flexible Unimog-Antriebskonzept sorgt dafür, dass im kommunalen Winter- und Sommerdienst ein Trägerfahrzeug alle Aufgaben erledigen kann. In Zeiten überraschender Wetterkapriolen eine unso wertvollere Einrichtung.

### SCHMIDT Gruppe:

## Winterdienstgeschäft wird erweitert

Die SCHMIDT Holding GmbH mit Sitz in St. Blasien (Schwarzwald) übernahm mit Wirkung vom 1. Juni 2005 die Geschäftsfelder der Beilack Systemtechnik und Vertriebs GmbH im bayerischen Rantlhing ohne den Geschäftsbereich Catering Fahrzeugtechnik.

Die SCHMIDT Gruppe ist führender Anbieter von Winterdienst- und Straßenreinigungstechnologie sowie Flughafen- und Feuerlöschanstaltung. Mit 15 Vertriebsgesellschaften sowie 5 Produktionsstandorten in Europa ist die SCHMIDT Gruppe weltweit erfolgreich tätig.

Das Traditionsunternehmen Beilack Systemtechnik und Vertriebs GmbH verfügt über eine breite Palette an Produkten für den Straßenwinterdienst. Mit ihrem jahrzehntelangen Know-how in Entwurf, Konstruktion und Produktion von Winterdienst-Technik für die Verkehrssicherheit auf Straßen, Flughäfen und Eisenbahnstrecken verfügen beide Unternehmen über ein beträchtliches Fachwissen sowie eine hohe Akzeptanz im deutschen und internationalen Markt.

Die Produktangebote beider Unternehmen ergänzen sich in

idealer Weise. Durch die Zusammenarbeit von Entwicklung und Konstruktion, speziell im Geschäftsfeld Schneeräumtechnik, wird den ständig steigenden Anforderungen der Anwender in stärkerem Umfang Rechnung getragen. Darüber hinaus wird das Geschäftsfeld der Schneeräumung um den Bereich Bahntechnik erweitert.

Mit dem Zusammenschluss beider Unternehmen ergeben sich bedeutende Kundenvorteile durch die Verschmelzung der Ressourcen und Service-Organisation. Mit Beilack Systemtechnik und Vertriebs GmbH entsteht ein weiterer leistungs-fähiger SCHMIDT Service-zentrum und Montageort für Fahrzeugausstattung im süd-deutschen Raum. Selbstverständlich wird die Versorgung mit Ersatzteilen für Beilack Geräte und Maschinen weiterhin gewährleistet. □

## Gartenschauen sind echte Renner

Die Landes- und Regionalgartenschauen in Bayern haben sich zu echten Rennern entwickelt. Dies betonten Umweltminister Werner Schnappauf und Landwirtschaftsminister Josef Müller in München auf der Jubiläumveranstaltung „25 Jahre Gartenschauen in Bayern“.

„Mit unseren bayerischen Gartenschauen gelangt es, die Natur in die Städte zu holen und die Menschen dafür zu begeistern. Die Gartenschauen sind zu einem Publikumsmagnet geworden. 22,4 Millionen Besucher in den letzten 25 Jahren sprechen eine deutliche Sprache.“ Durch die Gartenschauen werden ökologisch wertvolle Bereiche gesichert und attraktiv. Erholungsangebote vor der Haustür geschaffen. „Gartenschauen sind Investitionen in eine nachhaltige Verbesserung der innerstädtischen Lebensqualität.“, so Schnappauf. „Die „grüne Landschaft“ gibt anheimtisch und erlebnisreich in diesem Zusammenhang. – Die Gartenschauen haben ein eigenes unverwechselbares Profil - maßgeschneidert und abgestimmt auf die konkreten Bedürfnisse der durchzuführenden Stadt. Sie bieten den bayerischen Gartenbau eine ausgezeichnete Gelegenheit, seine Leistungsfähigkeit darzustellen und die Bevölkerung durch Gestaltung und Pflege von Grünflächen und Gärten sowie durch Lehrschau und pflanzenbasierte Ausstellungen zu informieren.“

Nach den Worten der beiden Minister hat sich immer wieder gezeigt, dass Gartenschauen entscheidende Impulse für eine nachhaltige und umweltorientierte Stadtwicklung geben. Mit der Schaffung zusammenhängender Grünzüge verbunden sind Erholungsmöglichkeiten, das Stadtklima sowie die Lebensbedingungen für die heimische Tier- und Pflanzenwelt. Außerdem steigt nicht nur das Image des Ortes und seine Anziehungskraft als touristisches Ziel mit positiven Effekten auf Handel, Gastronomie und Gewerbe in der Region. Auch die Wirkung nach innen sei enorm: vielfach gelinge es, zu bürgerschaftlichem Engagement zu motivieren und damit auch das soziale Wohlbefinden zu steigern.

Die erste Landesgartenschau fand 1980 in Neu-Ulm statt. Weitere Landesgartenschauen sind geplant 2006 in Marktreid, 2008 in Neu-Ulm, 2010 in Rosenheim und 2012 in Augsburg. Seit 10 Jahren werden zudem Regionale Gartenschauen in sog. Mittelzentren veranstaltet. □



Neben anderen Fahrzeugherstellern hat auch Opel auf die steigende Nachfrage nach Erdgasfahrzeugen reagiert.

Trägerkreis „Das Erdgasfahrzeug“ präsentiert:

## Modellvielfalt mit Erdgasantrieb

Alternative Antriebstechnologien etablieren sich immer stärker auf dem Fahrzeugmarkt. Mittlerweile setzen dabei fast alle führenden Autobauer auf Erdgasfahrzeuge in Serienproduktion. Mit über 30 verschiedenen Modellen - vom Pkw bis hin zum schweren Nutzfahrzeug - haben unter anderem Fiat, Opel, Volkswagen und Volvo auf die steigende Nachfrage reagiert. Erstmals präsentiert die Adam Opel AG auf der Internationalen Automobil Ausstellung 2005 (IAA) auch den neuen Opel Zafira 1.6 CNG. Der mit Erdgas betriebene Wagen verbindet wie das Volkswagen-Modell eine variable Raumnutzung mit dem kostengünstigsten Antriebsenergie-Erdgas.

Ein eigenes Bild von der kostengünstigen und umweltschonenden Alternative Erdgas können sich Besucher auf der IAA vom 15. bis 25. September in Frankfurt machen. Hier informieren unter anderem die in der Trägerschicht „Das Erdgasfahrzeug“ engagierten Autobauer gemeinsam mit Aral, dem ADAC und dem Bundesumweltministerium. Auf einen gemeinsamen Stand in Halle 4.0, Stand A25 präsentieren sie eine Auswahl der verfügbaren Serienmodelle und aktuelle Förderangebote beim Umstieg auf ein Erdgasauto.

### Ausgereifte Technik

Wer sich für Erdgas entscheidet, kann auf eine ausgereifte Fahrzeugtechnik zurückgreifen, der ein schnell wachsendes Tankstellennetz von mittlerweile rund 600 Erdgastankstellen gegenübersteht. Durchschnittlich alle zwei Tage wird in Deutschland eine neue Erdgastankstelle an einer Marken-Tankstelle eröffnet. Außerdem ergännen

### Freiräume und Plätze:

## „Visitenkarte des Dorfes“

### Fachtagungen der Bayerischen Akademie

Ländlicher Raum in Bad Abbach und Feuchtswangen „Planung, Entwicklung und Gestaltung von Freiräumen und Plätzen in ländlichen Gemeinden - Ausstattung, Entschlüsselung, Regenwasserentzug“ lautete das Thema zweier Fachtagungen der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Industrieverband Steine und Erden e.V., betonbauteil Bayern in Bad Abbach und Feuchtswangen.

Deutlich wurde dabei, dass die Gestaltung von Freiräumen und Plätzen zur Identifikation mit dem Dorf, zur Heimbindung und damit zur Abmilderung von Strukturveränderungen beiträgt. Gestaltung führt deshalb nie Selbstzweck sein, sondern müsse soziale, kulturelle und identifizierende Dimensionen enthalten.

Hierfür gibt nach den Worten von Dr. Peter Jahnke vom bayerischen Landwirtschaftsministerium das Wölflinger Gartenreich, entstanden in der Zeit der Aufklärung, ein gutes Beispiel. Der pädagogisch-gestalterische Ansatz des reformfreudigen Fürsten von Anhalt/Dessau sollte auf seine Landeskindergarten. So schreibt der Schriftsteller Philippos über eigenen Bildungsauftrag: „Selbstverständlich wirken alle diese wohlgeplanten Anlagen frühzeitig auf die Entwicklung des Geschmacks, geben dem jugendlichen Geiste Richtung, die er später verfolgen konnte, und verliert dem Volk einen gewissen Anstand, eine gewisse Würde, die auch nicht ohne sittlichen Einfluß waren.“

### Weiße Standortfaktoren

Freiräume und Plätze sind, so Jahnke, die Visitenkarte des Dorfes.“ Sie stellen Elemente dar, die als wichtige Standortfaktoren im Wettbewerb der ländlichen Gemeinden heute eine wichtige Rolle spielen. Sie sind aus den örtlichen Potenzialen und Bedingungen heraus im Sinne von „Alleinstellungsmerkmalen“ zu gestalten.

Jürgen Eppel von der Bayerischen Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau in Vetschloheim zeigte auf, dass der Bau von Regenüberläufen, Regenrückhaltebecken und großvolumigen Mischwasserkanälen nicht nur erhebliche Kosten verursacht, sondern in den Unterläufen der Flüsse für zunehmende Hochwassergefahr sorgt. Ziel sei es, Regenwasser grundsätzlich nicht in die Kanalisation einzulassen.

Vegetationsflächen können laut Eppel über die ästhetische Wirkung hinaus in vielschichtiger Weise einen Beitrag zur Stabilisierung und Konsolidierung des Wasserhaushalts leisten. Unter der Vorgabe bei der Bewirtschaftung von Regenwasser über einen Kanalschluss auszukommen, gelte es, verschiedene technischer Einzelmaßnahmen in ein System einzubinden, das Entwässerungssicherheit bietet, aber auch ökologischen Ansprüchen gerecht wird.

Modellvorhaben, so Eppel, hätten bewiesen, dass es möglich ist, mittels funktionsgerechter geplanter und gebauter Grünflächen ein alternatives Entwässerungsangebot für bebauten Grundstücke mit mehr als 50 Prozent Überbauungs- und Befestigungsanteil zu entwickeln. Eine bisher noch nicht durchgeführte Brauchwasserzusage ist integrierter Bestandteil dezentraler Regenwasserbehandlung. Erfordernis darüber hinaus zusätzliches Speicherkapazitäten, die in Form von Zisternen wie hausinterne Regenrückhaltebecken wirken. Damit ließen sich die Möglichkeiten der Brauchwasserzusage und der Versickerung auf engstem Raum optimieren und als geschlossenes Verbundsystem hausnah auf dem eigenen Grundstück verwirklichen.

### Regenwasserbehandlung

Dipl.-Ing. Volker Budzinski aus Bayreuth, der sich mit Regenwasserbehandlung in Neubaugebieten befasste, betonte, dass zunehmender Nutzungs- und naturnaher Flächen im städtischen Umland zu einer ständig größer werdenden Bodenversiegelung beiträgt. Deren negative Auswirkungen auf den Boden, den Wasserhaushalt und die natürliche Lebensumwelt würden durch eine kanalisierte Regenwasserabarbeitung noch verstärkt.

Durch die Verknüpfung der Elemente dezentrale Versickerung mit Speicher-, gedros-



Johann Mayrbörmann vom Autohaus Mayrbörmann (rechts) übergab nun offiziell die Schlüssel des neuen Erdgasautos des Landratsamtes Augsburg an den Stellvertreter des Landrats und Landtagsabgeordneten Max Strehle (links) und an den Abteilungsleiter „Zentrale Verwaltung“, Lothar Schneider (Mitte).

## Landkreis gibt Gas

### Erstes Erdgasauto für Landratsamt Augsburg

Das Landratsamt Augsburg setzt Akzente. Es hat jetzt sein erstes erdgasbetriebenes Dienstfahrzeug in Betrieb genommen. Johann Mayrbörmann vom Biburger Autohaus Mayrbörmann übergab nun offiziell die Schlüssel an den Stellvertreter des Landrats und Landtagsabgeordneten Max Strehle und an den Abteilungsleiter „Zentrale Verwaltung“, Lothar Schneider.

Mit dem neuen Fiat Punto „Natural Power“ möchte das Landratsamt nicht nur Geld sparen, sondern vor allem auch die Umwelt schonen. Aufgrund einer bis 2020 gesetzlich festgesetzten Mineralölsteuer ist Erdgas über 40 Prozent günstiger als Diesel und nur halb so teuer wie Benzin. Außerdem gibt ein Gasauto gegenüber einem Dieselloperativ auch mit Benzin weniger Schadstoffe ab.

### Umweltprämie

Zwei Gasflaschen mit jeweils 32 Litern Inhalt sind im Kofferraum untergebracht. Das Auto kann alternativ auch mit Benzin angetrieben werden. Das Erdgasauto wird von den Stadtwerken Augsburg mit einer Umweltprämie von bis zu 200 Euro finanziell unterstützt. Der Stellvertreter des Landrats zeigte sich über das neue Dienstfahrzeug begeistert: „Bei den heutigen Spottpreisen ist Gas eine sehr gute Alternative. Aber noch mehr

sich und verzögerte Abheilung und eine zusätzliche Regenwasserzusage auf privaten Grundstücken ließen sich Regenwasser- und Mischkanäle auch bei schlechter Wasserdurchlässigkeit des anstehenden Bodens weitgehend vermeiden.“

freut es mich, dass wir einen Beitrag zur Luftverbesserung leisten.“ Das geleaste Erdgasauto wird in Zukunft von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landratsamtes für Dienstfahrten genutzt.

### SCHMIDT Gruppe:

## Verkauf italienischer Tochterfirma

Die SCHMIDT Gruppe hat mit Wirkung zum 29. Juli 2005 die italienische Tochterfirma Allestimenti Pompe Moro s.p.a. an die italienische FARDI Gruppe verkauft und damit einen weiteren Schritt zur Konzentration auf das Kerngeschäft getan.

Die FARDI Gruppe ist einer der führenden europäischen Hersteller von Kommunalfahrzeugen für die Einsammlung und Beförderung von Feststoffabfall und Abwasser. Mit dieser Maßnahme konzentriert sich die SCHMIDT Gruppe noch stärker auf die Kerngeschäftsfelder Schneeräumung, Glatteisbekämpfung und Kehren.

Die Strukturen und die Ausrichtung der SCHMIDT Gruppe in Italien bleiben in diesen Bereichen unverändert.

### Freunde alter Unimog:

## Treffen in der Rhön

Teilnehmer-Rekord beim Sommerfest der Unimog Veteranen Clubs in Oberbach/Rhön: Noch nie haben so viele Unimog-Besitzer mit ihren Fahrzeugen den Weg zum jährlichen großen Treffen angetreten. Mit einem solchen Ansturm hat niemand gerechnet. Zählungen ergaben ca. 500 angetretene Besucher mit etwa 260 Unimog, die sich auf der Festwiese eingefunden hatten.

Zusätzlich kamen viele Oberbacher, um bei Blasmusik und Kreuzbratger die Feiertage/Rhön: Noch nie haben so viele Jubiläums des Unimog Veteranen Clubs mitzuerleben. So war das 800 Personen fassende Festzelt bis auf den letzten Platz gefüllt.

Der UVVC wurde am 9. Mai 1985 speziell für Freunde alter Unimog gegründet. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf ca. 700 geklettert. Der UVVC ist eine ungewollte Vereinigung von Menschen aller Berufs- und Altersgruppen, die sich dem selbstbekanntem Allrad-Fahrzeug verschrieben haben.

### Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet

Der Zweck des Unimog Veteranen Club ist die Restaurierung und Erhaltung vorwiegend alter Unimog-Fahrzeuge. Aber auch land- und forstwirtschaftliche Anbaugeräte sind ein interessantes Nebengeschäft. Ebenso die Geschichte von der Entwicklung 1946 bis in die sechziger und siebziger Jahre des gesamten Bundesgebietes. Inzwischen ist die Mitgliederzahl auf ca. 700 geklettert. Der UVVC ist eine ungewollte Vereinigung von Menschen aller Berufs- und Altersgruppen, die sich dem selbstbekanntem Allrad-Fahrzeug verschrieben haben.

DK

## Fachtagung von IHK Schwaben und Bayerischem Landesamt für Umweltschutz:

# Wohin mit alten Elektrogeräten?

Ob Handy oder Computer, Kühlschrank oder Waschmaschine, Geldautomat oder elektrisches Spielzeug - die Entsorgung ausgedienter Elektro- und Elektrogeräte ist künftig gesetzlich geregelt. Ab 24. März nächsten Jahres können Bürger und Kleingewerbe Elektro(nik)-Algeräte kostenlos bei kommunalen Sammelstellen abgeben. Die Hersteller müssen die Entsorgung bzw. die Kosten dafür übernehmen.

Was das neue Gesetz für Hersteller, Handel, öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und Entsorger konkret bedeutet und wie das Gesetz effektiv und wirtschaftlich umgesetzt werden kann, war Thema einer Fachtagung von IHK Schwaben und Bayerischem Landesamt für Umweltschutz, zu der über 180 Vertreter von Herstellern, Händlern, Entsorgern und öffentlicher Verwaltung nach Augsburg kamen.

### Elektronik

Im März 2005 ist in Deutschland das „Gesetz über die Abgabe von Elektrogeräten“ (ElektronG) in Kraft getreten. Damit werden zwei EU-Richtlinien umgesetzt, die unter anderem folgende Ziele haben: Verbot der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe bei der Herstellung von Elektrogeräten, Umweltverträglichkeit der Entsorgung von Elektrogeräten, Einhaltung bestimmter Recyclingquoten.

### Kostenlose Abgabe

In den meisten Gemeinden Bayerns gibt es seit Jahren Wertstoffhöfe, die auch Elektro(nik)-Algeräte annehmen zum Teil gegen Gebühr. Ab 24. März 2006 ist die Abgabe solcher Geräte bei allen Sammelstellen kostenlos. Die Entsorgungsmuster die Hersteller übernehmen, was für die öffentlichen Entsorgungsträger eine Kostenbelastung bedeutet.

### Landkreis Augsburg:

## Der illegale Müllberg wächst

Die Zahl der illegalen Abfallablagerungen in freier Natur nimmt im Landkreis Augsburg immer weiter zu. Im Jahr 2001 wurden fast 100 illegale Ablagerungen beim Landratsamt festgestellt. Im vergangenen Jahr waren es bereits rund 150. Die Dunkelziffer wird aber weitaus höher geschätzt. Und das, obwohl das Abfallwirtschaftskonzept des Landkreises Augsburg flächendeckend bring- und löstsysteme für die geordnete Abfallentsorgung vorsieht. So gibt es zum einen die Wertstoffsammlungen, die Wertstoffoffen sowie die Problem Müllsammelung und zum anderen die Haus- und Sperrmüllsammelung sowie den Gelben Sack.

Trotzdem entsorgen immer mehr Bürger ihre Abfälle Abfalllagerungen in freier Landschaft. Besonders beliebt sind dabei Waldgebiete, Feldränder und Straßenränder. Abfallablagerungen sind oft schwer zu entdecken. Hier treffen sich ausgediente Waschmaschinen, Fernseher, Autoboten und viele mehr. Oft werden auch Gartenabfälle wie Äste, Laub oder Grasschnitt nach dem Motto „das verrottet doch alles“ in der freien Natur entsorgt.

### Unverfrorenes Handeln

Ein besonders schwerwiegendes Beispiel für die Unverfrorenheit mancher Bürger ist ein Fall, der sich im Juni 2004 bei Großolofingen ereignete. Hier haben Unbekannte eine ganze LKW-Ladung mit ungefähr 300 Altfridgepäckern auf einen Feldacker gepackt.

Den Gemeinden und dem Landkreis entstehen durch illegale Abfallablagerungen erhebliche enorme Kosten. Denn wenn die Müllsünder nicht erwisch werden, müssen die Gemeinden bzw. Landratsämter die Entsorgung übernehmen. So musste der Landkreis Augsburg in den Jahren 1998 bis 2004 über

66.000 Euro für die Entsorgung von illegalen Abfalllagerungen aufwenden. Diese Kosten müssen von den Bürgern, die ihre Abfälle rechtlos entsorgen, getragen werden. Die illegale Ablagerung von Müll ist deshalb sicher kein so genanntes Kavaliersdelikt. Wer erwisch wird, wird verpflichtet, seine Ablagerung selbst zu entsorgen und muss zudem mit einem empfindlichen Bußgeld rechnen. In jedem Fall kostet einen Landkreiszürger der Versuch, sein Auto illegal loszuwerden.

### Branche im Umbruch

Wie die Abholung der gesammelten Algeräte und die Bereitstellung der Sammelbehälter im Einzelnen ablaufen wird, wenn die Entsorgungsentnehmen nicht mehr von den Landkreisen und Städten selbst, sondern von der Herstellern beauftragt werden, sind Fragen, die noch geklärt werden müssen. (Die Entsorgungsbranche für Elektro- und Elektro(nik)-Algeräte befindet sich im Umbruch, so der Tagungsleiter).

### Folgen der Umsetzung

Helmut Schmidt vom Abfallwirtschaftsbüro München stellte die Folgen der Umsetzung des ElektronG in der Landeshauptstadt wie folgt dar: Die Entsorgung des E-Schrotts werde durch die Festlegung von Fremdfirmen bzw. Führerunternehmen erfolgen. Zudem sei davon auszugehen, dass Fremdunternehmen auf den Wertstoffhöfen aufgestellt werden und es keine Gewährleistung für eine rechtzeitige Abfuhr voller Sorten für die Bereitstellung der Container geben wird.

### Frage der Finanzierung

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der einzelnen Wertstoffhöfe, sowie zudem nicht mehr gewährleistet werden, dass die Abfuhr der gesammelten Algeräte in die entsprechenden Entsorgungsentnehmen erfolgt. Die Abfuhr der gesammelten Algeräte in die entsprechenden Entsorgungsentnehmen erfolgt. Die Abfuhr der gesammelten Algeräte in die entsprechenden Entsorgungsentnehmen erfolgt.

### Beispiele Beklistaltstätten

Ein weiteres Sanierungsbeispiel stellt die ehemalige Blei- und Kupfer-Altmetallhütte in Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab dar. Auf dem früheren Betriebsgelände entstanden im Zuge der Glasfaserproduktion und des Ausbaus der Abwasserneutralisation, der Gärzeugung und der Ablagerung betrieblicher Sonderabfälle umfangreiche Boden- und Grundwasseruntersuchungen durch Schwermetalle wie vor allem Arsen und Blei. Aufgrund der Komplexität und des Ausmaßes dieser Altlast ist für eine abschließende Gefährdungsabschätzung eine weitere umfangreiche Detailuntersuchung notwendig, die noch heute durchgeführt wird.

Sowohl aus der deutlichen Belastung der Gebäudesubstanz des ehemaligen Galvanikgebäudes als auch zu einer erheblichen Verschmutzung der Grundwasser durch Chromat hat die Betrieb einer Abfallanlage in Kipfenberg/Birkal im Landkreis Eichstätt geführt. Nach dem Rückbau des einsturzgefährdeten Gebäudes und einem Bodenaussaat im ungesättigten

dass alle fünf Schrott-Fraktion auf den Höfen angemessen verwertet werden können. Hierzu sei die Finanzierung der Elektrochrottsammlung gemäß ElektronG nicht verursachend zu ziehen.

### Zielsetzungen

Als Zielsetzungen des AWM nennt Schmidt die weitgehende Beibehaltung des bisherigen Konzepts, Kontinuität bei der Abholung (gleicher Entsorger, kein Lotteriespiel!), Einbeziehung der eigenen Leistung sowie Konstanz und Zuverlässigkeit gegenüber den Manchen Bürgern. Durch Kooperationsverträge mit Systemverbänden bzw. Herstellerkonsortien sowie der Weiterentwicklung der Restabfallführ laufende Finanzierung sollen diese Ziele erreicht werden.

### Stiftung gegründet

Damit sich kein Hersteller seiner Pflichten entzieht, wurde von der Wirtschaft die „Stiftung Elektro-Algeräte-Register“

### Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB):

Mit Beginn des Jahres 2005 hat die Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern mbH (GAB) bayernweit wieder die Sanierung von Altlasten der GAB betreuen und maßgeblich finanzierten Altlastenfälle hat sich somit auf 26 erhöht. Einige davon seien nachfolgend dargestellt.

Zur Sicherung der ehemaligen Blei- und Kupfer-Altmetallhütte in Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab liegt direkt an einem Prallhang der Waldnaab liegt und stark erosionsgefährdet ist, wurde bereits im vergangenen Jahr mit der Erstellung der insgesamt 170 Meter langen Ortsrandfahndamm begonnen. Neben deren Fertigstellung soll in diesem Jahr auch mit der Profilierung sowie der Abdeckung mit Kunststoffabdichtungsbahn und der Rekulтивierung der Deponiefläche begonnen werden. Eigentümerin der Deponie ist die Firma Anshutte GmbH i. K. die auf dem 5800 m<sup>2</sup> großen Deponeiareal bis 1986 etwa 5000 m<sup>3</sup> stark mit Arsen und Blei belastete Neutralisationschlamm aus der Kristallisationsproduktion einlagerte.

### Beispiele Beklistaltstätten

Ein weiteres Sanierungsbeispiel stellt die ehemalige Blei- und Kupfer-Altmetallhütte in Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab dar. Auf dem früheren Betriebsgelände entstanden im Zuge der Glasfaserproduktion und des Ausbaus der Abwasserneutralisation, der Gärzeugung und der Ablagerung betrieblicher Sonderabfälle umfangreiche Boden- und Grundwasseruntersuchungen durch Schwermetalle wie vor allem Arsen und Blei. Aufgrund der Komplexität und des Ausmaßes dieser Altlast ist für eine abschließende Gefährdungsabschätzung eine weitere umfangreiche Detailuntersuchung notwendig, die noch heute durchgeführt wird.

Sowohl aus der deutlichen Belastung der Gebäudesubstanz des ehemaligen Galvanikgebäudes als auch zu einer erheblichen Verschmutzung der Grundwasser durch Chromat hat die Betrieb einer Abfallanlage in Kipfenberg/Birkal im Landkreis Eichstätt geführt. Nach dem Rückbau des einsturzgefährdeten Gebäudes und einem Bodenaussaat im ungesättigten

(EAR) gegründet. Sie wird behördliche Befugnisse erhalten und unter der Aufsicht des Umweltbundesamtes als „Gemeinsame Stelle“ überwachen, dass alle zur Rücknahme Verpflichteten ihren gesetzlichen Pflichten nachkommen. Zum Beispiel müssen sich alle Hersteller von Elektro- und Elektronikgeräten dort registrieren. Nicht registrierte Hersteller müssen ihre Geräte mehr in Verkehr bringen. Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger müssen ihre Abholstellen bei der „Gemeinsamen Stelle“ melden.

### Register im Aufbau

Das web-basierte Elektro-Algeräte-Register befindet sich derzeit im Aufbau. Es ist unter der Internetadresse www.stifung-ear.de erreichbar und stellt dort eine umfangreiche Fragen- und Antwortliste zur Verfügung. Eine Test-Registrierung ist bereits möglich. Hartmut Treumann von der „Stiftung Elektro-Algeräte-Register“ stellt sich eindringlich an Kommunen und Hersteller, davon Gebrauch zu machen, um rechtzeitig Erfahrungen mit dem Registerungsverfahren zu sammeln. DK



Unser Bild (v. l.): Die Herren Fink und Pöhl von der Siemens AG, Regensburg, gemeinsam mit E.ON Bayern-Vorstandsglied Edith Volz-Holtherr sowie Bernhard Ighaut und Herbert Wimmer von E.ON Bayern.

### Umweltgerechtes Recycling von Hochleistungssicherungen:

# E.ON Bayern erneut ausgezeichnet

Die in Regensburg ansässige E.ON Bayern AG hat nach den Jahren 2002 und 2003 auch 2004 wiederum die größte Menge an abgenommenen Niederspannungs- und Hochspannungs-Hochleistungssicherungen (NH/HH) gesammelt. „Mit insgesamt 17,5 Tonnen gesammelten Recyclingmaterials hat E.ON Bayern wiederum einen wichtigen Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit unseren Rohstoffen geleistet“, so Gerald Fink, Vizepräsident des Vereins zum Recycling von NH/HH-Sicherungen.

Juli dieses Jahres erstmals den E.ON Bayern Umweltpreis für ökologisch wertvolle kommunale Projekte verliehen. Ferner wurde E.ON Bayern zum besten und außerhalb des Unternehmens stark für Umweltbildung und setzt nicht zuletzt bei der Energie- und Wärmeerzeugung auf dezentrale, regenerative ANH/HH-Sicherungen ist in unserem Maßnahmenkatalog ein weiterer wichtiger Beitrag“, so Edith Volz-Holtherr.

### Bundesweit engagiert

Der unter Federführung der Siemens AG im Jahr 1995 gegründete Verein ist bundesweit engagiert und hat es sich zum Ziel gesetzt, die in den Sicherungen enthaltenen wertvollen Rohstoffe wie Kupfer und Silber weiterhin zu erforschen und zu recyceln. Seitdem konnten fast 200 Tonnen Kupfer und 25 Tonnen Silber recycelt werden. Finanzielle Überschüsse im Wert von über 10 Millionen Euro werden der Vereinlichkeit fließen in die Forschung.

### Maßnahmenkatalog

Im Rahmen der Auszeichnung betonte E.ON Bayern-Vorstandsglied Edith Volz-Holtherr das ökologische Engagement der Energiedienstleister. „Die Reife unserer aktiven Handelns für mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit ist lang.“ So habe der bayerische Energiedienstleister Ende

### Projektstart:

## „Branchenenergiekonzept für die Recyclingindustrie“

Zur Unterstützung der Recyclingindustrie in ihrem Bemühen um einen effizienteren Energieeinsatz und die Reduzierung der spezifischen CO<sub>2</sub>-Emissionen ist im Juli 2005 das Projekt „Branchenenergiekonzept für die Recyclingindustrie“ mit Ziel gestartet. Konkrete zur rationalen Energieumsetzung in der Recyclingindustrie zu entwickeln und umzusetzen. Die Laufzeit des Projektes beträgt zweieinhalb Jahre.

Im Rahmen des Projektes sollen unter anderem konkrete und branchenspezifische Maßnahmen zur Energie- und Kostensenkung erarbeitet werden. Darüber hinaus soll das Projekt die Unternehmen der Recyclingindustrie für den Bereich Energie sensibilisieren. Die Web-Veröffentlichung durch Energiekostenersparungen verbessern und Informationen über innovative Verfahren bereit stellen. Die Ergebnisse sowie wertvolle Tipps zum Thema Energieeinsparung werden in einem Praxisleitfaden „Rationelle Energieumsetzung in der Recyclingindustrie“ und in einer kostenlosen Informationsbroschüre veröffentlicht. □

und Leuchterzeugung im Schachstoffe flächig auf etwa 1000 m<sup>2</sup> ausbreiten. Die zum Schutz des Grundwassers notwendige Erdtätigkeit wird aufgrund der geringen Eindringtiefe der Schachstoffe in den Boden als konventioneller Bodenaussaat durch Energiekostenersparungen verbessert und wurde bereits im Frühjahr durchgeführt. DK

bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V.:

## Konzern-Strategie gefährdet Entsorgungssicherheit

Weitere Preiserhöhungen können - Marktberreinigung soll erzwingen werden

Berlin. Auf einen Entsorgungsnostand steuert Deutschland nach Auffassung des bvse-Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. spätestens jetzt hin. Nach den Worten von bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer sei es jetzt erforderlich, dass ein neuer, realistischer Entsorgungssengungsprozess eine handfeste Krise im Herbst werde. Nach dem 1. Juni zeigte sich, dass die Befürchtungen des bvse eingetreten sind. Großkonzerne drehten sich nicht nur auf der Preisschraube, sondern versuchten auch eine Marktberreinigung auf Kosten der mittelständischen Unternehmen durchzusetzen.

Vor der Presse in Berlin wies Fischer darauf hin, dass der 1. Juni 2005 eine Zeitwende für die Abfallentsorgung in Deutschland darstelle. Abfälle dürften nicht mehr einfach auf Deponien verbracht werden, sondern müssten zuvor in Müllverbrennungsanlagen oder chemisch-biologischen Anlagen vorbehandelt werden. Aber nicht nur diese neue Regelung, sondern auch die sich in diesem Jahr vollziehende enorme Marktkonzentration in der Branche, hätten gravierende Auswirkungen. Durch eine nie zuvor gesehene Marktkonzentration - nämlich auf der Nr. 1 durch die Nr. 2 - habe der Konzern Rethmann den Konzern RWE Umwelt geschluckt. Die neue Nr. 1 REMONDIS AG ist zusammen mit je ein anderes Unternehmen in der Branche und steuert eindeutig einen weiteren Konzentrationsprozess.

### Verdrängungswettbewerb

Der bvse beobachtet in der jetzigen schwierigen Phase einen knallharten Verdrängungswettbewerb gegen mittelständische Unternehmen. So würden dem Mittelstand flächendeckend viele neue Verträge über Vorbehandlungskapazitäten gekündigt oder gar komplett gekündigt. Die Umfrage mache sehr deutlich, dass Profit vor Entsorgungswettbewerb gesetzt werde. Über die Hälfte (52%) der vertraglichen Verdrängungskontingente bei privaten Anlagenbebetreibern - hier vor allem von Rethmann/REMONDIS - seien allein in den mittelständischen Unternehmen gekündigt oder gekürzt worden. Auch bei den sogenannten PPPs, den gemischtwirtschaftlichen Anlagen von Konzernen mit Kommunen, seien laut Umfrage rund 30% der Verträge gekündigt worden. Wenn gleichzeitig dem Mittelstand die Möglichkeit der Vorbehandlung nicht vorbereitet sei, das bezeichne.

Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage nach der Motivation dieser Kündigungen, so bvse-Hauptgeschäftsführer Hans-Günter Fischer. Es dränge sich die Vermutung auf, dass die Müllverbrennungsanlagen überbaut wurden, also mehr Verbrennungskapazitäten verkauf

würden, als tatsächlich vorhanden sei und außerdem Kündigungen erfolgen, um durch immer neue Preisrauschen Entsorgungsmärkten aus dem Markt zu drängen.

Ins Bild passe, dass immer mehr Berichte eingingen, nach dem Unternehmen, die noch Kontingentsverträge mit der alten RWE Umwelt AG abgeschlossen hätten, diese Verträge vom neuen Eigentümer REMONDIS gekündigt würden.

Besorgt sei man auch darüber, dass auch 55% der befragten Unternehmen Kontingentskürzungen oder Annahmeverweigerung für die nächsten Wochen angekündigt worden wären. Fischer: „Das bedeutet, dass eine weitere Preisrausch in Vorbereitung ist.“ Dieses hohe Preisniveau bei Müllverbrennungsanlagen habe gleichzeitig auch zur Folge, dass kurz- und mittelfristig auch Gebührenerhöhungen für die privaten Haushalte zu erwarten seien.

**Vorsorge getroffen**  
Fischer erläuterte, dass es aufgrund politischer Rahmsetzung (TASI/Abfallablagereverordnung) zu dem auch vom bvse lange geforderten Ende der „Ex-und-Hopp-Deponierung“ von Müll gekommen sei. „Es war für alle Beteiligten klar, dass eine Vorbehandlung auch mehr Geld kostet“, führte der bvse-Hauptgeschäftsführer aus. Er betonte, dass der Mittelstand entsprechend seinen finanziellen Möglichkeiten Vorsorge getroffen habe. Nach der deutschlandweiten Umfrage hätten 88% der Unternehmen bestätigt, dass sie sich durch die Sicherung von Kontingenten oder durch den Aufbau eigener Kapazitäten sorgfältig auf diese TASI-Vorgabe vorbereitet haben.

Deutlich kritisierte Fischer jedoch die Konzern-Strategie nach dem 1. Juni: „Es war klar, dass die Preise steigen. Die Preisexplosion, die momentan stattfindet, hat mit der neuen gesetzlichen Regelung aber nicht viel zu tun.“ Seit dem 1. Juni sei eine gewaltige Verstopfung im Abfall-Gewerbeabfall und auch

teilweise von Hausmüll zu beobachten.

Der akut entstehende Rückstau von Müllströmen könne nach Einschätzung des bvse bereits in kürzester Frist in vielen Regionen zum Entsorgungs-Nostand führen. Es sei jetzt eine konzentrierte Aktion der Politik in Bund, Ländern und Kommunen erforderlich. So sollten regionale Abfall-Konferenzen unter staatlicher Moderation - z.B. der für den Vollzug zuständigen Länder - stattfinden. „Was jetzt nötig ist, sind Maßnahmen, um den Druck aus dem Kessel“ zu nehmen“, machte Fischer klar.

### Befristete Zwischenlager

Dazu zähle er befristete Zwischenlager, um Abflussmöglichkeiten für die Müllströme zu schaffen und damit den drohenden Rückstau zu verhindern. Kapazitätskataloge sollen erstellt werden und eine objektive Lagerbeschreibung dienen und einen Rahmen für regionale Planung und gegen Mülltourismus ermöglichen.

Kartellamt und Aufsichtsbehörden der Länder müssten den Missbrauch der Anlagenbetreiber einen deutlichen Riegel vorschieben. Zudem müssten „Ablassventile“ wie die Einspeisung von Abfällen mit biogenen Anteilen als Ersatzbrennstoff nach dem EEG (Energieeinsparungsgesetz) kurzfristig geöffnet werden. □

## Internet-Fragebogen

Die Europäische Kommission fordert die Öffentlichkeit und die maßgeblichen Behörden auf, sich über das Internet zu einem neuen europäischen Strategie zur Verbesserung der städtischen Umwelt in Europa und zur Verringerung der Auswirkungen von Städten auf die Umwelt im weiteren Sinne zu äußern. Die Strategie soll von der Kommission im Dezember 2005 als Vorschlag vorgelegt werden. Die Konsultation wird bis zum 21. September 2005 laufen. Der Fragebogen kann über die folgende Internet-Adresse abgerufen werden: [http://www.europa.eu.int/com/environment/urban/public\\_consultation\\_2005.htm](http://www.europa.eu.int/com/environment/urban/public_consultation_2005.htm)

Der Internet-Auftritt zur thematischen Strategie für die städtische Umwelt ist zu finden unter [http://www.europa.eu.int/com/environment/urban/home\\_en.htm](http://www.europa.eu.int/com/environment/urban/home_en.htm) □

Neues Landesamt für Umwelt:

## Start in Augsburg und Hof

Zum 1. August haben das neue Landesamt für Umwelt (LfU) und auch die neue Verwaltung für Ländliche Entwicklung ihre Tätigkeiten aufgenommen. Das Landesamt für Umwelt wird zwei Standorte haben, nämlich Augsburg und Hof. Die Verwaltung für die Ländliche Entwicklung wird in allen bayerischen Bezirken mit je einem Amt vertreten sein.

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf übertrag die LfU-Leitung Prof. Dr.-Ing. Albert Göttele. Sein Stellvertreter ist Dr. Bernd Matthes. Das neue Landesamt entsteht durch die Zusammenlegung der vier Landesämter für Umweltschutz, Wasserwirtschaft, Geologie und Arbeitsschutz. Damit seien nunmehr alle Umweltfelder Luft, Wasser und Boden in einem Amt vereint. Hauptstz des neuen Landesamts mit dem Präsidenten am der Spitze wird Augsburg sein; eine neue Dienststelle mit Sitz des Vize-Präsidenten entsteht in Hof.

Noch in diesem Jahr werden erste Mitarbeiter von München nach Augsburg wechseln. Auch alle Umweltlabore werden in Augsburg konzentriert. Insgesamt wird der Standort Augsburg um 190 Stellen aus München verstärkt. Die Planungen für personellen Verlagerungen und die erforderlichen baulichen Anpassungsmaßnahmen sind im vollen Gange. Erst 1999 war für insgesamt 74 Mio. Euro in Augsburg ein Neubau für das Landesumweltamt errichtet worden. Die bisherigen Präsidenten bzw. Vize-Präsidenten übernehmen Führungsaufgaben am Ministerium.

Für die Unterbringung der Mitarbeiter des Landesamts in Hof (insgesamt 300 Stellen) hat der Haushalts-Ausschuss des Landtags unlängst den Ankauf des ehemaligen Schmidt-Bank-Sitzes für 12 Mio. Euro beschlossen. Voraussichtlich im November wird das neue Dienstgebäude übergeben werden. Durch die zwei Hauptstandorte sei grundsätzlich gewährleistet, dass die Aufgaben mit Südverbreitung wie zum Beispiel Landwirtschaft, Wildbachverbauung, alpine Naturschutz und Geothermie in Augsburg und umgekehrt mit Nordverbreitung in Oberfranken erledigt werden. Darüber hinaus sei die fachliche Schwerpunktssetzung so vorgesehen, dass in Augsburg beispielsweise Luftreinhaltung,

Lärmschutz, Abfall, Strahlenschutz, Natur- und Artenschutz und Hochwasserschutz bearbeitet werden. In Hof geht es u.a. um Klimawandel, EU-Wasserrahmenrichtlinie, Grundwasserschutz, Altlasten, Rohstoffwirtschaft, Geologische Landesaufnahme und Bodenschutz.

Nach der Neugestaltung der Landwirtschafts- und der Forstverwaltung in Bayern ist nun auch die Verwaltung für Ländliche Entwicklung neu aufgestellt. Ländlichwirtschaftsminister Josef Miller in München mittelte, wurden im Zuge der Verwaltungsreform die bisherigen Direktoren für Ländliche Entwicklung am 1. August in Ämtern für Ländliche Entwicklung ihrer Kernaufgaben bleiben die integrierte ländliche Entwicklung, die Flurneuordnung und die Dorfentwicklung und die Dorfentwicklung. Mit den neuen Strukturen soll langfristig das Personal weiter reduziert werden. Insgesamt sei eine Verlagerung um die Hälfte auf rund 1070 Stellen geplant.

### Bestehende Eigenständigkeit

Die Eigenständigkeit der Verwaltung für Ländlichen Entwicklung bleibe erhalten. Auch die Konzentration ihrer Bereiche auf landesweit wichtige Standorte sowie ihr zweistufiger Aufbau haben sich laut Miller als effizient und zukunftsfähig bewährt. Nach Überzeugung des Ministers garantieren die Behörden damit vor Ort weiterhin zeitgerechte und kostengünstige Lösungen. „Die Ländliche Entwicklung bleibt ein starker Partner für Landwirte, Bürger und Gemeinden im ländlichen Raum.“ Seinen Worten zufolge ist die Ländliche Entwicklung auch in Zukunft ein Schwerpunkt bayerischer Agrar- und Strukturpolitik.

Anspruchspartner vor Ort sind künftig die Ämter für Ländliche Entwicklung Oberbayern (Stitz, München), Niederbayern (Landsau, d. Isar), Oberpfalz (Regensburg), Oberfranken (Bamberg), Mittelfranken (Augsburg), Unterfranken (Würzburg) und Schwaben (Kraumbach). dgh

## Nachhaltigkeit statt Kostendruck

Die neue TA Siedlungsabfall führt vielfach zu einer drastischen Erhöhung der Entsorgungskosten für alle Fenster. Kunststoff-Recycling ist daher eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Alternative. Altfenster sind Abfall. Und der wird teuer.

Für alte Fenster, Türen oder Rolltüren aus PVC, die im Rahmen vieler Modernisierungs- oder Abruchmaßnahmen anfallen, heißen die Alternativen also: Verbrennen oder recyceln. Dabei ist das Recycling die sowohl ökologisch wie ökonomisch sinnvollere Möglichkeit. Dem Kunststoffprofilhersteller werden Kunststoffprofile nicht mehr vollständig wiederverwertet. Aus ihnen lässt sich wieder sortenreines PVC gewinnen. Und so ohne Qualitätsverlust. Dafür sorgen das Recycling-Know-how der deutschen Kunststoffprofilhersteller, ein bundesweit organisiertes Sammelssystem und der Service der Rewindo. In der Rewindo haben sich die führenden deutschen Kunststoffprofilhersteller zusammengeschlossen.

Die TASI erzeugt Kostendruck. Betreiber von Müllverbrennungsanlagen promovieren dort, wo Wiederverwertung nicht möglich ist, bleibt nur der Weg zur thermischen oder biologisch-chemischen Verwertung des Abfalls. Damit sinken zwar die Methangasemissionen von Deponien, aber die Entsor-

gungskosten steigen. In Berlin rechnet man mit einer Verdoppung.

Mehr Müllverbrennung heißt auch mehr Kosten. Rewindo informiert Fensterbetreiber, Entsorgungsmöglichkeiten und nehmen über die Möglichkeiten des Fensterrecyclings und bietet aktiv Hilfe bei der Organisation ihrer Entsorgungsmaßnahmen. Und die jährlich wachsenden Recyclingquoten belegen den Erfolg dieser Aktivitäten, die seit dem 1. Juni noch gefragter sind.

Seit dem 1. Juni gelten neue verschärfte Regeln für die Deponierung von Haus- und Gewerbeabfall. Die in Kraft getretene „TA Siedlungsabfall“, kurz TASI, beinhaltet ein Verbot der Deponierung unbehandelten Siedlungsabfalls. Auch heute abfallende Bauabfälle, wie z.B. alte Fenster, können nicht mehr einfach deponiert werden. Die Gebühren für die Abfallentsorgung werden drastisch steigen. Vor allem dort, wo Städte und Gemeinden bisher mit kostengünstigen Deponien zusammengearbeitet haben. □

Stadtwaltung Günzburg:

## Wartort für Erdgas und Energiemanagement

Bereits seit Dezember 2004 befasst sich die Stadtwaltung Günzburg verstärkt mit dem Thema Energiemanagement. Die Stadt strebt dabei in einem dreijährigen Projekt eine Energieversorgung bis ins Jahr 2015 an. Ein Schwerpunkt ist die erdgasfreie CO<sub>2</sub>-Einsparung, erreichen wir durch eine genaue Bedarfsanalyse sowie den Einsatz von Erdgas als eine von zwei Basis aus umweltschonendes und nachhaltiges Handeln. Unser kommunales Energiemanagement setzt dabei zum einen die kommunalen Kassen entlang und auch Ressourcen und damit unsere Umwelt schonen. Die an-

ganz klar eine Vorbildfunktion."

### Steigende Nachfrage

Gabriele Krybus, Betriebsleiterin von Erdgas schwaben in Günzburg, stimmt dem zu: „Die Nachfrage nach Erdgas steigt kontinuierlich. Über 75 % aller Neubauwohnungen werden

jahr 1952 gegründet, baute und baut der Energieversorger seine Leitungstnetze ständig weiter aus. Heute umfasst das Netz über 4.500 Kilometer in ganz Schwaben und versorgt 165 Städte und Gemeinden in der Region. Eine davon sind die letzten Jahre die große Kreisstadt Günzburg. Entstanden 7778 n. Chr. als römisches Kastell, erlebte Günzburg durch den Weg zur blühenden Handelsstadt. Heute ist Günzburg mit seiner wunderschönen Altstadt das Ziel zahlreicher Besucher aus ganz Deutschland. Eine Attraktion ist dabei neben dem idyllischen Donauraubweg, der über Günzburg führt, der Freizeitpark Legoland Deutschland im Landkreis Günzburg. Auch Legoland Deutschland vertraut bei der Energieversorgung auf Erdgas.

### Hohe technische Standards

Georg Radlinger, Leiter des Kommunaldienstleistungsmanagements bei Erdgas schwaben, ist überzeugt: „Auch die neuesten technischen Standards sorgen bei der Zuverlässigkeit moderner Erdgasgeräte mit Günzburg. Ein Erdgasauto kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduzieren, das ist ein großer Vorteil. Ein Erdgasauto kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduzieren, das ist ein großer Vorteil. Ein Erdgasauto kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduzieren, das ist ein großer Vorteil."

Als KFZ-Treibstoff wird Erdgas für den Umweltschutz immer mehr genutzt. Erdgasfahrzeuge sind nicht nur umweltschonend, sie fahren auch leiser und beim Tanken entstehen fast keine Emissionen. Mit Erdgasautos kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduziert werden. Ein Erdgasauto kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduzieren, das ist ein großer Vorteil."

Als KFZ-Treibstoff wird Erdgas für den Umweltschutz immer mehr genutzt. Erdgasfahrzeuge sind nicht nur umweltschonend, sie fahren auch leiser und beim Tanken entstehen fast keine Emissionen. Mit Erdgasautos kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduziert werden. Ein Erdgasauto kann der Schadstoffausstoß um bis zu 80% reduzieren, das ist ein großer Vorteil."

### Projekt „Städtsdaktids“ in Nürnberg

## Lernen im Stadtel

Ein innovatives Ansatz der Verbindung von Stadtelarbeit und sozial-integrativem Lernen wird im bayerischen Kultusministerium, Karl Freller, in Nürnberg vor-

Das Projekt „Städtsdaktids“ wendet sich an Kinder und Jugendliche aus der Nürnberg Stadt, einem typischen innerstädtischen Problemgebiet, das gekennzeichneter Strukturwandel durch Wegfall von Industrieareal, hoher Arbeitslosigkeit und einem starken Ausländeranteil an der Bevölkerung. Die Schulen in diesem Viertel kämpfen denn auch mit dem typischen Problem, dass die Kinder nicht sozialkompetent sind. Sozialkompetenz der Kinder, Desinteresse der Eltern an deren schulischem Fortkommen, fehlende Perspektiven im Arbeits- oder Ausbildungsbereich nach der Schule.

### Selbstbestimmte Zukunft

Daraus entstand an der Hauptschule am Hummelstein Weg die Idee, die Kinder nicht nur mit den normalen Lerninhalten zu konfrontieren, sondern ihnen im Rahmen eines sozial-integrativen Bildungsangebots eine bessere Perspektive auf eine selbstbestimmte, motivierte und gelungene Zukunft zu geben. Die Idee der „Städtsdaktids“ wurde geboren. Als Partner wurden das Bildungszentrum Nürnberg, der Bayerische Volkshochschulverband und sogar das Kultusministerium, an dem die „Städtsdaktids“ mit 150.000 Euro aus Mitteln der Europäischen Sozialafonds unterstützt.

Im Rahmen des Projekts werden die Kinder und Jugendlichen ermutigt, die innovative - natürlich selbst gestaltete Homepage www.stuedtsdaktids.de. mpa

### Fachgespräch im Landratsamt Traunstein:

## Jugendliche besser vor Alkohol schützen!

Der Jugendzuschuss soll bei den vielen Festen und Veranstaltungen im Landkreis Traunstein noch mehr im Vordergrund stehen. Der Ausschuss für Jugendangelegenheiten hat einen Stadtmittelnachdruck zu veröffentlichen, traf sich auf Einladung des Traunsteiner Präventionszirkels (TRAPEZ) Bürgermeister, kommunale Geschäfts- und Ordnungsausschüsse, Jugendbeauftragter und Polizeivertreter zu einem fachgespräch Jugendzuschuss im Landratsamt Traunstein. Vor allem ging es darum, die Alkoholverbrennung zu verstärken.

Die Tagungsleiterin, Kreisjugendpflegerin Ulrike Hilmst, wies in ihrem Eingangsreferat darauf hin, dass Prävention vom Gesetzgeber als übergreifendes Ziel des Jugendzuschusses definiert wurde und besonders im Landkreis Traunstein einen sehr hohen Stellenwert einnehme. Dennoch habe sich der seit den 70er Jahren bei Jugendlichen anhaltende Trend zu weniger Alkoholkonsum 2004 zum ersten Mal umgekehrt. Hiermit zufolge habe vor allem die in zwölf bis Sechzehnjährigen die wöchentlichen Trinkmenge und Alkoholausschüttungsfähigkeiten zugenommen. Die in der Bevölkerung weit verbreitete unkritische bis positive Einstellung zum Alkohol verhindere einen rationalen Blick auf die Folgen zu hohen Alkoholkonsums.

### Regelwerk und Aktion

Hans Kurz von der Caritas Traunstein appellierte an das Verantwortungsbewusstsein von Eltern, Lehrkräften, Kommunalpolitikern, Vereinsvorsitzenden, Geschäftsführern und Gastgebern. Die TraPEZ verschiedene Möglichkeiten der Unterstützung an. Das Regelwerk enthält Tipps für einen vernünftigen Jugendschutz sei dafür ein gutes Beispiel. Fast die Hälfte der Gemeinden im Landkreis arbeiten bereits damit. Auch die Aktion „Schon 16!“ biete vor allem Servicekräften in der Gastronomie eine gute Möglichkeit, den Konsum von alkoholischen Getränken fern zu halten.

### Polizeiliche Anliegen

Hubertus Andra, Leiter der Polizeidirektion Traunstein, erklärte die Bereitschaft der Polizei, mit den Verantwortlichen im Bereich Jugendzuschuss zusammen zu arbeiten. Sein besonderes Anliegen an die anwesenden Vertreter der Kommunen: „Gehen Sie sensibler mit der Genehmigungspraxis um, informieren Sie sich rechtzeitig über entsprechende Veranstaltungen und legen Sie ein besonderes Augenmerk auf private Feiern. Spontane und Großveranstaltungen sowie auf das Hüttenwesen.“

Das selbe Anliegen vertrat Hans Kurz, Leiter des Jugendzuschussaufsicht im Traunsteiner Landratsamt, der auch die gesetzlichen Vorgaben und Grundlagen erläuterte. Franz Feil vom Amt für Wirtschaftsförderung:

## Neuer Amtsleiter in Gunzenhausen

Mit dem Wirtschaftsgeheimrat Andreas Zuber (32) hat die Stadt Gunzenhausen einen neuen Amtsleiter für Wirtschaftsförderung, Stadtmärkte und Tourismus berufen. Der aus München (Oberfranken) stammende Zuber war zugleich als Gründungsleiter Gunzenhausen leiten. 72 Bewerbungen hatten dem Stadtrat vorgelegen. Zuber war vorher bei der Wirtschafts- und Entwicklungsgesellschaft Ansbach tätig. □

### Regionaler Planungsverband Main-Rhön:

## Hilfe für ehemalige Militärstandorte

Die Auswirkungen von Truppenabzügen machen einige betroffene Standort-Kommunen in der Region Main-Rhön große Sorgen. Der Regionale Planungsverband unter ihrem Vorsitzenden Manfred Ratzl (Handwerker (Herrweg)) hat eine Resolution an den Bundes- und Landesparlament, in der eine Nutzung öffentlicher Förderprogramme angeregt wird, um Kommunen mit Konversions-Problemen gezielt zu helfen. Die Adressaten reagieren positiv. Lediglich die Stadt wird vom Bundesabgeordneten Hans-Josef Fell (Hammelburg) löste beim Planungsverband Befremden aus.

Die Region Main-Rhön ist durch das neue Stadtplanungsgesetz der Bundeswehr und die Truppenabzugspläne der Amerikaner wiederholt hart getroffen worden. Dies gilt insbesondere für die Standortkommunen Schweinfurt, Hammelburg, Melchthal, Wildflecken und Ebern. Eine Realisierung der militärischen Plankungen hat beträchtliche Auswirkungen auf die genannten Kommunen und deren Einzugsbereiche. Die Folgen werden vor allem in der regionalen Wirtschaft und den Wohnungsmarkt betreffen.

Die Resolution bringt zum Ausdruck, dass die betroffenen Regionen eine weitere Stärkung der regionalen Kompetenzfelder bei Gesundheit/Biomedizin, Automobil/Maschinenbau, beim UNESCO-Biosphärenreservat Rhön und bei Kultur und Tourismus erwartet. Dabei würde sich den angedachten Förderentscheidungssträgern dafür, dass alle Verantwortlichen der Politik und Verwaltung der Region Main-Rhön bei den entsprechenden Gestaltungsaufgaben unterstützen mögen.“

### „Bürgermodell“

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Dr. h. c. Elisabeth Bär, hat sich für den Rückantwort an, die in der Region betroffenen Kommunen sollen sich bei ihrem Bemühen, die Bundeswehr zu einer neuen Bestimmung zuzuführen, an dem „Bürgermodell“ orientieren und von der Suche nach Modellen in der Region. Allein die Antwort des Bundesabgeordneten Hans-Josef Fell (Sprecher für Forschung und Technologie im Bundesabgeordneten Bündnis 90/Die Grünen) fiel aus dem Rahmen. In seinem Schreiben teilte er mit, dass er sich freut, dass er in der Resolution gebührende Bitte um eine aktive Unterstützung zur Milderung der Folgen auf dem Arbeitsmarkt“ gerne nachkommen werden. Anschließend aber beklagt er, dass sich 2001 für seine Fraktion erarbeitete Konzept, das in einer Präferenz für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien darstellt. Die Fraktion wird seine Entscheidungen gebührende Unterstützung, wird dann nochmals ausführlich vorgestellt. □

### Priorität bei Förderkriterien

Das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur und Verkehr hat eine Beschlusstheorie bestätigt, dass es „Sorge dafür tragen wird, dass die Konversionsmittel zukünftig Priorität bei den Förderkriterien erhält.“ Das Ministerium werde ggf. „für Standorte, wo dies städtebaulich bzw. landschaftsplanerisch am besten zu integrieren ist, den Zuschuss in Auftrag geben und finanziell unterstützen.“

Der Regierungspräsident von Niederbayern, Dr. Peter Böhmer, versicherte, dass alle von der Konversion betroffenen Kommunen nach Kräften bei der Suche nach Modellen in der Region. Allein die Antwort des Bundesabgeordneten Hans-Josef Fell (Sprecher für Forschung und Technologie im Bundesabgeordneten Bündnis 90/Die Grünen) fiel aus dem Rahmen. In seinem Schreiben teilte er mit, dass er sich freut, dass er in der Resolution gebührende Bitte um eine aktive Unterstützung zur Milderung der Folgen auf dem Arbeitsmarkt“ gerne nachkommen werden. Anschließend aber beklagt er, dass sich 2001 für seine Fraktion erarbeitete Konzept, das in einer Präferenz für nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien darstellt. Die Fraktion wird seine Entscheidungen gebührende Unterstützung, wird dann nochmals ausführlich vorgestellt. □

ISSN 0805-7845  
Schlacht der KPV in Bayern

Herausgeber:  
Landrat Luitpold Braun

Ehrenvorsitzender:  
Hans-Josef Fell

Redaktion:  
Ulrike Hilmst

Verantwortlich:  
Hans-Josef Fell

Verantwortlich:  
Ulrike Hilmst



Zehn Jahre Pro Beschäftigung e.V.:

## Kommunale Förderung auf breiter Basis

Vor zehn Jahren rief die städtische Tochtergesellschaft IFG Ingolstadt GmbH den gemeinnützigen Verein Pro Beschäftigung e.V. ins Leben. Wie der Vereinsvorsitzende Dr. Werner Richter nunmehr feststellen konnte, sei in diesem Zeitraum „eine Vielzahl erfolgreicher Initiativen und Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose“ entstanden.

Von Anfang an gingen Richter zufolge die Bestrebungen dahin, gemeinsam mit Verantwortlichen aus Wirtschaft, Arbeitsverwaltung, Gewerkschaft, Wissenschaft und kirchlichen Einrichtungen die Situation von Arbeitslosen bedrohten Personen in Ingolstadt und der Region zu verbessern. Er betonte, „dass der Bedarf an Beratungsleistungen für die Klientel weiterhin rapide ansteigt aufgrund der konjunkturell und strukturell bedingten sehr schwierigen und sich verfestigenden Arbeitsmarktsituation“. Zudem stellte er fest, dass der Arbeitsmarkt insbesondere für Langzeit- und ältere Arbeitslose immer problematischer wird.

### Aktive Arbeitsmarktpolitik

Ziel des Vereines Pro Beschäftigung sei daher die aktive Arbeitsmarktpolitik in Ingolstadt, um den regionalen Arbeitsmarkt funktionsfähig zu halten, lokale Arbeitsmarktprobleme zu vermindern und die Situation von Arbeitslosen zu verbessern. Dazwischen werden vier Projekte

von Pro Beschäftigung betreut: Die Beratungsstelle Frau und Beruf sowie die Existenzgründungsberatung für Frauen wird mit sich speziell den besonderen Fragestellungen und Themenbereichen von Frauen, die arbeitslos oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Außerdem werden Berufsrückkehrerinnen nach der Familienzeit sowie Gründerinnen angeprochen. Mit gemeinsamen Aktionen in einem gegenseitigen Netzwerk werden auch zukünftig Arbeitslose und Existenzgründer gezielt und nachhaltig auf ihrem Weg in die Arbeit oder Selbstständigkeit gefördert.

### Mehr Lebensqualität

Das Projekt Beratungsstelle für Arbeitslose richtet sich an Arbeitslose, die Beratung und Unterstützung in punkto Bewerbungs schreiben und sonstiger beruflicher Orientierung benötigen. Dieses Projekt wird zusätzlich vom Kolping-Bildungswerk unterstützt. Die Berufsschulalarbeit wird an der Leo-von-Klenze-Schule (Berufsschule 2)

angeboten und zielt auf die berufliche und schulische Integration von der Schülerinnen ab, um eine

### Wehringens Bürgermeister Hans Merk:

## Mit Verdienstmedaille in Silber ausgezeichnet

Aus den Händen von Bayerns Innenminister Günther Beckstein erhielt Wehringens amtierender Bürgermeister Hans Merk die Kommunale Verdienstmedaille in Silber. Beckstein stellte in seiner Laudatio fest, dass Hans Merk seit 1967 bis 1978 zweiter Bürgermeister und seit 1978 erster Bürgermeister ist.

Weiterhin sei Merk seit 1996 Mitglied des Kreistags des Landkreises Augsburg und dort vor allem auch im Werk- und Umweltausschuss tätig. Zudem engagiere er sich u. a. als Kasernenverwalter des Kreisverbandes des Bayerischen Gemeindetages. Für Wehringens selbst erreichte Hans Merk zum 1. Januar 1980 erneut die Selbstständigkeit, nachdem der Ort 1978 Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft wurde.

### Exzellente Infrastruktur

Viele Baumaßnahmen führte Hans Merk in seiner langen Zeit als erster Bürgermeister durch. So verlagert der Ort heute über eine Infrastruktur, die mehr hat, als man von einem Ort dieser Größenordnung erwarten könnte. Der Innenminister erinnerte an den Bau der modernen Kläranlage, die Ortsgestaltung im Rahmen der Städtebauförderung mit Rathausplatz und Kirchberg, den Bau des Bürgerhauses mit Vereinsräumen, das Feuerwehrhaus,

Verbesserung der Lebensqualität durch den Ausbau von Schlüsselqualifikationen zu erreichen.

Der Verein Pro Beschäftigung zählt momentan 37 Mitglieder aus der Wirtschaft, dem städtischen Bereich, der Region, der Arbeitsagentur, kirchlichen und sozialen Einrichtungen, Banken, Kammern und Gewerkschaften. **DK**



Jubilär Franz Och (r.) mit Bürgermeister Erhard Müller.

## Altbürgermeister Franz Och 75 Jahre

Verdienter Mitarbeiter der Gemeindezeitung

Pretzfeld - Franz Och, Ehrenbürger des Marktes Pretzfeld, feierte am 4. September seinen 75. Geburtstag. Der Altbürgermeister leitete 18 Jahre - von 1966 bis 1984 - als ehrenamtlicher Bürgermeister den Markt Pretzfeld. Vorher wirkte er zehn Jahre als Mitglied des Marktvereins.

Insgesamt war Franz Och 46 Jahre als Kommunalpolitiker aktiv, davon 42 Jahre als Mitglied der Kreistage in Ebermannstadt und Forchheim. Darüber hinaus engagierte er sich in der Ländlichen Genossenschaftsbewegung, im Fränkischen Mundarttheater, für die Europäische Einigung sowie die lokale Pressearbeit.

### Pionierarbeit

Gute Wünsche entboten zum Geburtstag Bundestagsabgeordneter Hartmut Koschyk und Landtagsabgeordneter Edward Nöth (beide CSU) sowie 1. Bürgermeister Erhard Müller, ein „Nachschaffolger“. Er hatte in den 50er Jahren den CSU-Ortsverband Pretzfeld wieder belebt und die Junge Union im Landkreis Ebermannstadt gegründet. Ebenfalls 46 Jahre Pionier-

arbeit leistete Och u. a. als Geschäftsführer und ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender der ehemaligen Raiffeisenbank Pretzfeld sowie ein Vierteljahrhundert lang sowie ein ehrenamtlicher Vorstandsvorsitzender des Obstgroßmarktes Fränkische Schweiz e.G. Namens des Deutschen Genossenschaftsverbandes embot Präsident Manfred Nüssel Glückwünsche. Abordnungen der beiden Genossenschaften gratulierten ebenso wie Delegationen der Europa-Union und der Fränkischen Mundart-Theaterbewegung.

Der Musikverein Pretzfeld erfreute unter der Stabführung von Otto Hack seinen Gründer mit einem Melodienstraß. Vorstand Otto Stenglein gratulierte zusätzlich mit einem Geschenkkorb auch die Stadtwerte Ebermannstadt waren mit von der Partie.

Text und Bild: Eo

### Vorschau auf GZ 18

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 18, die am 22. September erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV - Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Dienstleistungen für Kommunen
- Kommunale Büchereien